



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 04.04.2025 bis 11.04.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Von den Taliban verhaftet	4
Algerien: Diplomatische Krise	5
Asien: Religiöse Masche im Menschenhandel	6
Äthiopien: Wir haben keine Nachricht von Pfarrer Habtewold, der am 23. März entführt wurde	7
China: Gelegenheit zum Zeugnis	8
China: Kommunistische Regierungspartei verbietet formell missionarische Aktivitäten	9
China: Neue Vorschriften gegen Missionstätigkeiten	10
Deutschland: Mit „bestmöglichem“ Schutz Ungeborener „hat dies nichts zu tun“	11
Deutschland: Volker Kauder erhält Hoffnungsträger-Preis	12
Deutschland: Bau der Drei-Religionen-Kita gestoppt	13
Deutschland: Gemeinde schließt drei Kirchen	14
Deutschland: Gewalt gegen Journalisten nimmt zu	15
Deutschland: Koalitionsvertrag - Amt des Beauftragten für Religionsfreiheit bleibt	16
Eritreia: „Nordkorea Afrikas“	17
Großbritannien: Christliche Ärztin verurteilt	18
Indien: Hindu-Gruppen belästigen christliche Pilger	19
Irak: Drei Verletzte bei Axtangriff	20
Iran: Menschenrechtslage	21
Iran: Zwei Konvertiten verurteilt	22
Kamerun: Missionar und sein Assistent wieder frei	23
Mauretanien: Grab geschändet und Leichnam eines kürzlich verstorbenen Christen exhumiert.	24
Mauretanien: Hetze gegen Konvertiten	25
Mauretanien: Wie geht es den Christen?	26
Myanmar: Christen reagieren auf das Erdbeben mit Stärke und Gebet	27
Nigeria: Bewaffnete töten 40 Christen	28
Pakistan: Angriff durch muslimischen Kollegen	29
Russland: Mangel an christlichen Druckerzeugnissen	30
Russland: Strafverfahren gegen christlichen Prediger aus dem Ural	31
Russland: Zweite Verurteilung wegen Glaubensgespräch im Gefängnis	32
Somalia: Mutter von drei Kindern in Somalia verliert alle Verwandten, weil sie Christus angenommen hat	33
Sudan: Nach zwei Jahren Krieg	35

Thailand: Neue Kirche in Mae Chaem eingeweiht	36
Uganda: Attacken auf Christen	37
Uganda: Muslim ersticht seine Frau, weil sie Christus angenommen hat	39
Ukraine: Verhaftung, Druck und Misshandlung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen	40
USA: Kansas - Pfarrer in Pfarrhaus erschossen	42
USA: Rechtsstreit um Festnahmen in Kirchen	43

# Afghanistan: Von den Taliban verhaftet

**AVC schreibt: Glaube an Jesus ist in Afghanistan mit großen Gefahren verbunden. Kürzlich erreichte uns eine dringende Bitte um Gebet für zwei verhaftete Afghanen. Danke, dass ihr mit uns im Gebet einsteht.**

Unsere Partner bitten um Gebet für Mohammad und Ali\*. Jemand hat die beiden Christen den Taliban gemeldet, und beide wurden verhaftet. Seit einer Woche gibt es keine Neuigkeiten mehr von ihnen. Ihre Familien wurden glücklicherweise nicht verhaftet.

In Afghanistan Christ zu sein ist mit für uns kaum vorstellbaren Anfeindungen, Gefahren und Opfern verbunden. Dem Islam den Rücken zu kehren, wird als Schande gewertet und nach geltendem islamischem Recht mit dem Tod geahndet. Kirchen und Gemeinden existieren nur im Untergrund, die meisten Gläubigen können auch ihrer eigenen Familie nicht vertrauen.

\* Namen aus Sicherheitsgründen geändert

## **Wir beten...**

..., dass die beiden Jesus treu bleiben und ihm weiterhin mutig dienen,

... um Trost und Stärke für die Familien,

..., dass Gott die Herzen der Taliban und der Mitgefangenen mit seiner Liebe berührt.

# Algerien: Diplomatische Krise

## zwischen Algerien und den drei Ländern der Allianz - der Sahel-Staaten

Algier (Fides) – Es herrscht eine diplomatische Krise zwischen Algerien und den drei Mitgliedsländern der Konföderation der Sahelstaaten (besser bekannt als Allianz der Sahelstaaten, AES), Mali, Niger und Burkina Faso.

In einem gestern, am 7. April, veröffentlichten Kommuniqué weist die algerische Regierung die von Mali erhobenen (und von den beiden anderen AES-Ländern unterstützten) Vorwürfe zurück, wonach Algerien angeblich mit den terroristischen Gruppen, die in der Sahelzone agieren, zusammenarbeitet.

Algerien weist Versuche entschieden zurück, "die in allen böswilligen und systematisch unbegründeten Haltungen enthalten sind, mit denen die in Mali herrschende Putschistenjunta vergeblich versucht, unser Land zum Sündenbock für die Niederlagen und Enttäuschungen zu machen, für die das malische Volk den höchsten Preis zahlt", heißt es in der algerischen Erklärung. Die Spannungen zwischen den beiden Ländern hatten sich verschärft, nachdem das algerische Militär eine malische Drohne abgeschossen hatte, die an der Grenze zwischen Mali und Algerien Jagd auf dschihadistische Gruppen machte.

Den algerischen Angaben zufolge wurde die Drohne in der Nacht vom 31. März auf den 1. April abgeschossen, nachdem sie zweimal über algerisches Territorium geflogen war. Nach Angaben von Algier ist dies nicht die erste Verletzung des algerischen Luftraums durch eine malische Drohne, sondern bereits die dritte innerhalb weniger Monate. Die ersten beiden Verstöße ereigneten sich am 27. August 2024 bzw. am 29. Dezember 2024.

Als Reaktion auf den Abschuss des Flugzeugs kündigten Mali und seine Verbündeten Niger und Burkina Faso an, ihre jeweiligen Botschafter in Algier abzurufen. Im Gegenzug beschloss Algier, „das Prinzip der Gegenseitigkeit anzuwenden und seine Botschafter in Mali und Niger zu Konsultationen zurückzurufen und die Ernennung seines neuen Botschafters in Burkina Faso zu verschieben“.

Unterdessen hat die algerische Regierung „die Unfähigkeit der Putschisten“ unterstrichen, „einen wirklichen und wirksamen Kampf gegen den Terrorismus zu führen, indem sie dessen Leitung Söldnern anvertraut hat, unter denen Afrika in seiner jüngsten Geschichte so sehr gelitten hat“. Eine klare Anspielung auf die Soldaten der russischen privaten Militärfirma Wagner, die seit langem in Mali präsent sind. Gleichzeitig unterhält Algier aber auch wichtige militärische Beziehungen zu Moskau, das nun vielleicht versuchen muss, die Spannungen zwischen seinen strategischen Partnern in diesem Teil der Welt zu entschärfen.

(L.M.) (Fides 8/4/2025)

# Asien: Religiöse Masche im Menschenhandel

## Opfer werden als „Pilger“ und „Missionare“ ausgegeben

Bangkok (Fides) - Es gibt eine neue Strategie, die von Menschenhändlern bei der Organisation des Menschenhandels, der Vorbereitung und der Einschleusung der Opfer angewandt wird, um sich den Flughafenkontrollen zu entziehen: Sie sollen sich als Missionare, insbesondere als Christen, ausgeben die aus religiösen Gründen reisen oder als „Pilger“ reisen. Dieses Phänomen wurde nun von der philippinischen und der thailändischen Polizei nach Ermittlungen und Abhörmaßnahmen aufgedeckt. Sie berichten über verschiedene Vorfälle, bei denen die „religiöse Tarnung“ aufgedeckt wurde.

Die philippinische Polizei meldete drei Frauen (im Alter von 23, 25 und 50 Jahren), die versuchten, einen Flug nach Singapur mit Zwischenlandung in Thailand zu besteigen, und sich als „Missionarinnen“, „Freiwillige der katholischen Kirche, für Missionsarbeit in Thailand“ bezeichneten. Angesichts einiger Unstimmigkeiten in ihren Dokumenten und nach weiteren Ermittlungen und Verhören kam jedoch die Wahrheit ans Licht: Die ältere Frau - die behauptete, eine „Predigerin“ zu sein - gehörte zu den Organisatoren eines illegalen Frauenhandels nach Thailand. Angelockt durch einen „Job als Lehrerin“ gerieten die beiden jungen Frauen angeblich in ein kriminelles Netzwerk und endeten schließlich als Prostituierte.

Die Polizei veranschaulichte das System, bei dem ein Vielreisender als Kurier Gruppen von Reisenden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen begleitet, die dann Opfer des Menschenhandels werden. Koordinierte Polizeiaktionen zwischen den Grenzen der südostasiatischen Länder (Philippinen, Indonesien, Malaysia, Thailand, Kambodscha) führten zur Verhaftung solcher Kurier, die an Menschenhandelsnetzen beteiligt waren.

In ihrem Bericht zum Jahresende 2024 meldete die philippinische Einwanderungsbehörde 998 Opfer von Menschenhandel in diesem Jahr und nannte verschiedene Aktivitäten und Tricks wie gefälschte Pilgerreisen, Heiratsvermittlungen und Leihmutterchaft. Oft werden die Opfer, die auch über soziale Medien angelockt werden, in sogenannten „scam cities“ in Thailand, Kambodscha und Myanmar in Sklaverei gehalten.

Die katholische Stiftung „PREDA“ (People's Recovery, Empowerment and Development Assistance), die auf den Philippinen von Pater Shay Cullen, einem irischstämmigen katholischen Missionar und Mitglied der Missionsgesellschaft von St. Columban, gegründet wurde, berichtet, dass zahlreiche junge philippinische Frauen mit falschen Angeboten für gut bezahlte Arbeit angelockt und nach Myanmar gebracht wurden, wo sie bedroht und missbraucht wurden und unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten mussten.

Auf den Philippinen begrüßt die „Philippine Interfaith Movement Against Human Trafficking“ (PIMAHT), in der sich Vertreter der wichtigsten christlichen, muslimischen und buddhistischen Gemeinschaften zusammengeschlossen haben, die Bemühungen der Polizei und der Regierung, gegen das Phänomen des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Kindern vorzugehen. Pfarrer Bryand Restituto, stellvertretender Generalsekretär der philippinischen Bischofskonferenz, verurteilte nachdrücklich Einzelpersonen und Netzwerke von Menschenhändlern, die gefährdete Bevölkerungsgruppen ausbeuten und Sprache, Kleidung und angebliche religiöse Praktiken für ihre kriminellen Handlungen nutzen.

In Thailand setzt sich Schwester Marie Agnes Buasap von den Paulusschwestern von Chartres als Koordinatorin des Netzwerks „Talitha Kum“ Thailand für eine umfassende Sensibilisierung von Jugendlichen in Familien, Lehrern und Erziehern ein. „Talitha Kum“ ist auch an der Aufnahme und Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels beteiligt.

Die katholischen Gemeinschaften in den südostasiatischen Ländern, in denen das Phänomen des Menschenhandels besonders weit verbreitet und tief verwurzelt ist, bekräftigen ihr Engagement insbesondere am Weltgebetstag des Gebets und der Reflexion gegen den Menschenhandel, den die Kirche am 8. Februar, dem Fest der Heiligen Josephine Bakhita, begeht. Die katholischen Verbände fördern innovative Strategien, insbesondere in den Schulen, indem sie die Aufklärung zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Lehrplan integrieren.

(PA) (Fides 9/4/2025)

# Äthiopien: Wir haben keine Nachricht von Pfarrer Habtewold, der am 23. März entführt wurde

## Von Apostolischem Vikar von Harar fehlt jede Spur

Harar (Fides) - „Keiner der Entführer hat mich oder meine Priester je kontaktiert, und soweit ich weiß, was mir meine Priester gesagt haben, haben die Entführer am Tag nach der Entführung die Familie kontaktiert“, so der Apostolische Vikar von Harar, Bischof Angelo Pagano (Ofm Cap.) gegenüber Fides zu den Nachrichten, die über die Entführung von Pfarrer Habtewold kursieren.

„Was ich sagen kann“, so der Prälat weiter, „ist, dass er am 23. März, als er zum Pfarrhaus zurückkehrte, mit anderen Personen verschleppt worden sein soll. Ich habe es persönlich von einem meiner Priester erfahren. Bis heute ist er noch nicht nach Hause zurückgekehrt“.

„Der Bischof hat kein Lösegeld gezahlt. Wie viel die Entführer verlangt haben und wie viel die Familie aufbringen und übergeben konnte, kann ich nicht wissen, denn ich wiederhole, dass ich von niemandem kontaktiert wurde. Das Einzige, was ich mit Sicherheit weiß, ist, dass der Priester noch nicht an seinen üblichen Aufenthaltsort zurückgekehrt ist, und sowohl ich als auch meine Priester sind sehr besorgt“, so der Apostolische Vikar abschließend.

(AP) (Fides 10/4/2025)

# China: Gelegenheit zum Zeugnis

## Qingming-Fest - Traditionelles Totengedenken für Katholiken

Peking (Agenzia Fides) – Das chinesische Qingming-Fest, an dem nach chinesischer Tradition der Toten gedacht wird, fällt wie jedes Jahr auf den 5. April. Die katholischen Gemeinden auf dem chinesischen Festland haben im Hinblick auf den Totengedenktage pastorale Initiativen ergriffen, um diesen Tag im Licht der von Jesus verheißenen Erlösung und als Gelegenheit für das Zeugnis des Evangeliums zu begehen.

Auf den katholischen Friedhöfen herrscht am 5. April ebenso großer Andrang wie am 2. November, dem Tag, auf den das Totengedenken nach dem liturgischen Kalender der katholischen Kirche fällt. Am 5. April wird das Totengedenken nach der katholischen Tradition in Harmonie mit den Praktiken der chinesischen kulturellen Tradition gefeiert.

Einem Bericht des kirchlichen Informationsportals „xinde.org“ zufolge fand in der Gemeinde Jiujiang in der Provinz Jiangxi bereits am 24. März einen Besuch des katholischen Friedhofs statt. Nach der liturgischen Feier und den Gebeten wurden die Gräber von Bischöfen, Priestern, Schwestern und allen Verstorbenen, die ihr Leben in den Dienst der Gemeinschaft gestellt haben, gefegt und geschmückt. In seiner Predigt betonte Pfarrer Pang Rui, dass das Qingming-Fest „nicht nur eine Zeit des Gedenkens an die Toten und Vorfahren ist, sondern auch eine Gelegenheit, den Glauben an Jesus zu pflegen und zu bezeugen. Die ersten Missionare verkörperten die Kraft des Glaubens in ihrem eigenen Leben. Ihre Hingabe erhellt unseren Glaubensweg. Wir werden das Vermächtnis unserer Väter und Mütter im Glauben weiterführen, damit das Evangelium Gottes immer weiter verbreitet werden kann“.

In den Tagen vor dem Qingming-Fest gedachten die katholischen Gemeinden deshalb auch all derer, die ihr Leben für die Verkündigung des Evangeliums gegeben haben, bis hin zum Martyrium.

Wie in den vergangenen Jahren pilgerten Katholiken aus der Provinz Guangdong zur Insel Shangchuan, wo Spuren der Mission des heiligen Franz Xaver erhalten sind, und gedachten dabei anlässlich des 20. Todestages auch des heiligen Johannes Paul II.

Seit mehr als 2.500 Jahren gedenken die Chinesen am 5. April, dem Qingming-Fest, ihrer Vorfahren und verstorbenen Angehörigen. Nach altem Brauch werden Blumen und Weihrauch an den Gräbern der verstorbenen Angehörigen niedergelegt. Angesichts der Tatsache, dass selbst diese Momente in einen Anlass zum Konsum geworden sind, machen es sich auch viele chinesische Katholiken zur Aufgabe, diese traditionellen Bräuche vor den Auswirkungen der Säkularisierung zu bewahren, indem sie ihrer Lieben mit der Teilnahme an der Heiligen Messe, mit Gebet und geistlicher Besinnung gedenken, ganz im Sinne des Bußgedankens in der Fastenzeit. Es ist auch eine Gelegenheit, ihren Landsleuten die katholische Lehre über den Tod und das ewige Leben zu erklären. Die chinesischen Katholiken gehen ihren Glaubensweg im Kontext der traditionellen chinesischen Kultur und sind bereit, die Übereinstimmungen mit dieser zu erkennen und zu schätzen, einschließlich des großen Respekts vor den Toten und den eigenen Vorfahren.

(NZ) (Fides 27/3/2025)

# China: Kommunistische Regierungspartei verbietet formell missionarische Aktivitäten

Neue Vorschriften, die diese Woche von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) veröffentlicht wurden, sehen strenge Beschränkungen für missionarische Aktivitäten im Land vor, wie die staatlichen chinesischen Medien und Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas berichten.

Die Vorschriften, die am 1. Mai in Kraft treten, verbieten es Ausländern, ohne offizielle Genehmigung der Regierung zu predigen, ihren Glauben weiterzugeben oder religiöse Organisationen zu gründen.

Die chinesischen Staatsmedien begründeten diese Vorschriften damit, dass die neu überarbeiteten Regeln die nationale Sicherheit fördern - eine gängige Rechtfertigung für die Religionsverfolgung durch die KPCh - und dazu beitragen, „normale religiöse Aktivitäten“ zu schützen, was sich auf Aktivitäten bezieht, die unter strenger staatlicher Aufsicht als Teil staatlicher religiöser Einrichtungen durchgeführt werden.

Die KPCh betrachtet unabhängige religiöse Aktivitäten seit langem mit Misstrauen und argumentiert, dass religiöse Loyalität im Widerspruch zu der von der Kommunistischen Partei geforderten absoluten Loyalität steht. Die Regierung bezeichnet unabhängige religiöse Aktivitäten als sektiererisch und extremistisch, ungeachtet ihrer theologischen Wurzeln, und verlangt, dass alle christlichen religiösen Aktivitäten innerhalb der Grenzen der staatlich geführten Kirchen stattfinden.

Die protestantische Drei-Selbst-Kirche und die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung sind prominente Beispiele für diese staatlich gelenkten Institutionen. Sie arbeiten daran, die Propaganda der KPCh und den Personenkult um Staatspräsident Xi Jinping durch Lieder, Predigten und Gemeindeveranstaltungen zu fördern.

Unabhängige Hauskirchen, die außerhalb des staatlich geförderten Systems agieren, werden häufig überfallen und ihre Mitglieder werden unter dem Vorwurf verhaftet, gegen die Interessen des Staates zu arbeiten.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# China: Neue Vorschriften gegen Missionstätigkeiten

**Das sind die neuesten Beschränkungen, die die Kommunistische Partei Chinas erlassen hat**

Peking (IDEA) – Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) hat neue Vorschriften erlassen, die missionarische Tätigkeiten im Land weiter einschränken. Das berichtet die christliche Organisation „International Christian Concern“ (ICC/Washington) unter Berufung auf staatliche Medien in China und Vertreter der KPC. Ab dem 1. Mai ist es Ausländern verboten, ohne offizielle Genehmigung der Regierung zu predigen, ihren Glauben weiterzugeben oder religiöse Organisationen zu gründen. Damit solle die nationale Sicherheit erhöht werden, heißt es in den Staatsmedien als Begründung. Die KPC schränkt seit Jahren die Freiheit von Christen und anderen Religionsgemeinschaften immer stärker ein. ICC verwies in diesem Zusammenhang auf einen Bericht der chinesischen Regierung von Anfang 2025, in dem sie sich mit der verstärkten Verfolgung unabhängiger religiöser Gruppen im Jahr 2024 brüstete. Wie das überkonfessionelle Hilfswerk „Open Doors“ anlässlich der Veröffentlichung ihres jüngsten Weltverfolgungsindex (WVI) im Januar berichtete, setzt das atheistische Regime der Volksrepublik die Christen zunehmend unter Druck. Strikte ideologische Vorgaben würden mit einer engmaschigen Überwachung durchgesetzt. Aufgrund dieser Entwicklungen verschlechterte sich China im WVI von Platz 19 auf Rang 15 der Länder, die Christen am stärksten verfolgen. Offiziell erkennt die KPC nur die staatlich gelenkte protestantische Drei-Selbst-Kirche und die Chinesische Katholisch-Patriotische Vereinigung an. Die KPC fordert von allen Religionsgemeinschaften die Verbreitung der kommunistischen Propaganda und den Personenkult um Staatspräsident Xi Jinping durch Lieder, Predigten und Gemeindeveranstaltungen. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

# Deutschland: Mit „bestmöglichem“ Schutz Ungeborener „hat dies nichts zu tun“

## Lebensrechtler kritisieren angekündigte Maßnahmen im Koalitionsvertrag

Castrop-Rauxel, Augsburg (IDEA) – Vor einer weiteren Verwässerung des Lebensschutzes ungeborener Kinder durch die künftige Bundesregierung haben Lebensrechtler gewarnt. Anlass ist der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Sie behaupteten darin zwar, den „bestmöglichen Schutz ungeborenen Lebens“ verwirklichen zu wollen, doch die darin beabsichtigten Maßnahmen konterkarierten dieses Ziel, erklärte die Bundesvorsitzende der Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Susanne Wenzel (Castrop-Rauxel). So heiße es in dem Vertrag u. a.: „Für Frauen in Konfliktsituationen wollen wir den Zugang zu medizinisch sicherer und wohnortnaher Versorgung ermöglichen.“ Dahinter steht laut CDL die Behauptung von Abtreibungsbefürwortern, es gebe eine Unterversorgung mit Einrichtungen, die Abtreibungen vornehmen. Sachverständige hätten diese Behauptung widerlegt. Wenzel: „Für die über 106.218 Abtreibungen, die im Jahr 2023 in Deutschland durchgeführt wurden, gab es 1.104 Abtreibungseinrichtungen, während für die 692.989 Geburten im selben Jahr lediglich 606 Einrichtungen zur Geburtshilfe zur Verfügung standen.“ Die CDL habe dieses Missverhältnis in der Vergangenheit immer wieder beklagt. Erfreulich sei deshalb, dass die Koalition nun den Zugang zur medizinischen Grundversorgung, insbesondere in der Gynäkologie, Geburtshilfe und Hebammenversorgung flächendeckend sichern wolle.

## CDL: Geplante Maßnahmen geprägt von „Abtreibungsideologie der SPD“

Unverständlich sei aber die Absicht der Koalition, „die Kostenübernahme von Abtreibungen durch die gesetzliche Krankenversicherung über die heutigen Regelungen hinaus“ erweitern und auch die medizinische Weiterbildung auf diesem Gebiet „stärken“ zu wollen. Wenzel: „Dies kommt einer Förderung von Abtreibungen gleich. Mit einem ‚bestmöglichen‘ Schutz von Kindern im Mutterleib hat dies nichts zu tun.“ Aus Sicht der CDL seien die geplanten Maßnahmen geprägt von „der Abtreibungsideologie der SPD“. Ziel einer Koalition, die den bestmöglichen Schutz ungeborenen Lebens verwirklichen wolle, müsse die Prävention von Abtreibungen und die Unterstützung Schwangerer in Konfliktlagen sein. Notwendig hierfür sei, die Beratungs- und Hilfsangebote zu verbessern. Das habe die CDU/CSU auch in ihrem Wahlprogramm angekündigt.

## Kommt die Abtreibung auf Krankenschein?

Kritik übte auch die Bundesvorsitzende der „Aktion: Lebensrecht für Alle“ (ALFA), Cornelia Kaminski (Fulda). Sie erklärte in Augsburg im Blick auf die Aussagen zur erweiterten Kostenübernahme für Abtreibungen: „Sollte also nun die Koalition anstreben, Abtreibungen zur Kassenleistung zu machen, hätte dies zur Folge dass vorgeburtliche Kindstötungen zu einer Gesundheitsleistung werden – ungeachtet der Tatsache, dass sie nicht heilen, sondern einen unschuldigen Menschen töten. Ist der Schritt zur Abtreibung auf Krankenschein erst einmal gemacht, wäre dies nach der Streichung des Werbeverbots für Abtreibung durch die Ampel-Koalition eine erneute Verwässerung des Schutzkonzeptes für das Leben ungeborener Menschen.“ Zwar habe die Union der SPD-Forderung, eine Reform des Paragraphen 218 StGB in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, nicht nachgegeben, sie habe dafür jedoch offensichtlich einen „hohen Preis“ gezahlt. Die ALFA hat nach eigenen Angaben mehr als 11.000 Mitglieder.

# Deutschland: Volker Kauder erhält Hoffnungsträger-Preis

Er wird für seinen Einsatz für weltweite Religionsfreiheit geehrt

Stuttgart (IDEA) – Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, erhält den Hoffnungsträger-Preis des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Württemberg „Die Apis“. Wie der Verband mitteilte, findet die Preisverleihung am 9. November im Rahmen der Eröffnung des Kongresses „[Christenverfolgung heute](#)“ im Christlichen Gästezentrum Württemberg „Schönblick“ (Schwäbisch Gmünd) statt. Der Kongress dauert bis zum 12. November und wird unter anderem von der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA veranstaltet. Kauder ist sowohl Schirmherr als auch Referent der Veranstaltung. Mit der Auszeichnung würdigt der Verband sein langjähriges Engagement für weltweite Religionsfreiheit. Der Vorsitzende der Apis, Pfarrer Matthias Hanßmann (Horb am Neckar), sagte: „Wir freuen uns, dass wir mit Volker Kauder einem Menschen den Preis verleihen können, der das Thema Religionsfreiheit lebt.“ Kauder habe unter anderem ein internationales Netzwerk von Parlamentariern initiiert, die sich für die weltweite Religionsfreiheit einsetzen. Zudem trete er dafür ein, dass es in der Bundesregierung einen Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit und Weltanschauungsfreiheit gibt. Ferner verleihe Kauder Organisationen, die sich gegen Christenverfolgung und für Religionsfreiheit einsetzen, eine öffentliche Stimme. Der Hoffnungsträger-Preis wird seit 2008 an Persönlichkeiten verliehen, die sich in besonderer Weise „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gesellschaftlich engagiert haben. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderen der ehemalige baden-württembergische Landtagspräsident Erich Schneider (1933–2024), der Gründer und Geschäftsführer des Resozialisierungsprojekts „Seehaus“, Tobias Merckle (Leonberg), der katholische Theologe, Mediziner und Autor Manfred Lütz (Köln), der Evangelist Ulrich Parzany (Kassel) und der Theologe Yassir Eric (Korntal).

# Deutschland: Bau der Drei-Religionen-Kita gestoppt

**Berlin: Aufgrund von Sparmaßnahmen wird das Projekt nicht weitergeführt**

Berlin (IDEA) – Der Bau der Drei-Religionen-Kita in Berlin ist gestoppt worden. Grund dafür sind massive Sparmaßnahmen des Berliner Senats, berichtet das Drei-Religionen-Kita-Haus. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die komplette Streichung der zugesagten Investitionsmittel [bekanntgegeben](#). In einem symbolischen Akt verabschiedeten sich die Verantwortlichen Anfang April von dem Bauprojekt. Gleichzeitig gebe man die Hoffnung auf eine Fortsetzung nicht auf, erklärten sie. Das Projekt sollte eine jüdische, eine christliche und eine muslimische Kita sowie ein Begegnungszentrum unter einem Dach vereinen. Die Idee für das Projekt hatte Kathrin Janert, Geschäftsführerin des Evangelischen Kindertagesstättenverbandes Berlin Mitte-Nord, bereits 2014 gemeinsam mit Rabbinerin Gesa Ederberg, Superintendentin Silke Radosh-Hinder und der Muslimin Iman Andrea Reimann, entwickelt. Der Evangelische Kirchenkreis Stadtmitte habe bereits über eine Million Euro in das Projekt investiert, sagte die Pressesprecherin des Kita-Projekts, Anna Poeschel, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Es fehlten aber noch sieben Millionen Euro.

# Deutschland: Gemeinde schließt drei Kirchen

## Sauerland: Vorsitzender des Presbyteriums: Wir konzentrieren uns auf die Verkündigung

Attendorn (IDEA) – Die Evangelische Kirchengemeinde Attendorn-Lennestadt im Sauerland schließt drei ihrer sieben Kirchen. Das bestätigte der Vorsitzende des Presbyteriums, Lars Kirchhoff, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Betroffen sind die Gnadenkapelle in Fretter, die Emmaus-Kirche in Würdinghausen und die Friedenskirche in Attendorn-Petersburg. Den genauen Termin der Schließung müsse das Presbyterium noch festlegen. Hintergrund sei der Rückgang bei Kirchenfinanzen, Mitgliederzahlen und Pfarrstellen, sagte Kirchhoff. Als die Kirchengemeinde 2020 gegründet wurde, habe sie rund 9.000 Gemeindemitglieder und fünf Pfarrer gehabt. Aktuell seien es noch rund 8.200 Gemeindemitglieder und zwei Pfarrer. Dabei habe sie als Diasporagemeinde im katholisch geprägten Sauerland eine große Ausdehnung von rund 500 Quadratkilometern. Grund für den Mitgliederrückgang sei vor allem der demografische Wandel in der ländlich geprägten Region. Über die zukünftige Verwendung der Kirchengebäude werde derzeit im Presbyterium beraten.

### „Weiter von Gott beschenken lassen“

Weiter sagte Kirchhoff, die Schließung der Kirchen solle dabei helfen, die Kräfte der Gemeinde auf ihre Kernaufgaben zu bündeln. „Wenn sich die Leute um Steine kümmern müssen, können sie sich nicht um die Verkündigung von Gottes Wort kümmern“, so der Presbyteriums vorsitzende. Die Gemeinde lebe vor allem von dem Engagement ihrer vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter. Deshalb sei es wichtig, einem „Ausbrennen“ von Mitarbeitern rechtzeitig entgegenzuwirken. In der Gemeinde seien neben den Pfarrern drei Prädikanten (ehrenamtliche Prediger) tätig, drei weitere Gemeindemitglieder absolvierten derzeit die Prädikantenausbildung. „Wir sind traurig, dass wir Gebäude aufgeben müssen, aber viel wichtiger ist uns, dass wir die Gemeinschaft erhalten. Wir wollen auch unter geänderten Bedingungen weiter Gottes Wort verkündigen und uns von Gott beschenken lassen.“

# Deutschland: Gewalt gegen Journalisten nimmt zu

Immer mehr Journalisten werden in Deutschland angegriffen. Das stellt die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ fest. Besonders beim Themenfeld Israel stehen Journalisten unter Druck.

(pro-medienmagazin.de/ Von Anna Lutz/ vom 8. April 2025) Insgesamt 89 Angriffe auf Medienschaffende hat [„Reporter ohne Grenzen“](#) für das Jahr 2024 in Deutschland registriert. Im Jahr davor waren es noch 41. Damit ist die Zahl der tätlichen Übergriffe die zweithöchste seit Beginn der Erhebung. Nur im Jahr 2022 war sie höher. „Reporter ohne Grenzen“ spricht außerdem von einer hohen Dunkelziffer.

In 75 Fällen wurden Reporter getreten, gestoßen oder mit Gegenständen beworfen. 21 Angriffe verortet die NGO im verschwörungstheoretischen und rechtsextremen Umfeld. Die gefährlichsten Orte für Medienschaffende seien politische Versammlungen wie Demonstrationen gewesen, insbesondere wenn es dort um das Thema Nahost ging. 38 physische Übergriffe hätten sich allein auf Nahostdemonstrationen in Berlin ereignet.

Ein Beispiel: Besonders oft, 15 Mal, sei demnach „Bild“-Reporter Iman Sefati angegriffen worden: Die Fotojournalisten Yalcin Askin, die für das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ unterwegs ist, arbeitet häufig mit ihm zusammen und erlebte ähnliches. „Die Protestierenden haben Sefati und Askin bedroht, beleidigt, bespuckt, sie wurden mehrfach geschlagen, getreten und geschubst“, berichtet „Reporter ohne Grenzen“ und zählt 29 Attacken auf diese beiden.

Nahostberichterstattung wird zur „mentalen Dauerbelastung“

Doch nicht nur, wenn es gegen Israel geht, sind Journalisten offenbar unter Druck. Eine Umfrage unter 60 Medienschaffenden ergab, dass viele einen „stark verengten Meinungskorridor bei der Arbeit zu Israel und Palästina“ wahrnehmen. Sie berichten von langwierigen Kontroll- und Aushandlungsprozesse zu Begriffen, mit denen die israelische Kriegsführung kritisiert wird. Aussagen palästinensischer Quellen und von Menschenrechtsorganisationen wie „Amnesty International“, „Human Rights Watch“ oder den Vereinten Nationen (UNO) würden eher infrage gestellt als etwa die des israelischen Militärs.

Zudem fürchteten viele Journalisten Bloßstellungen in anderen Medien und auf Social Media. Nicht wenige sehen sich zudem durch „häufige und massive Interventionen der israelischen Botschaft oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei Chefredaktionen unter Druck“. So werde die Berichterstattung zum Krieg in Nahost eine „übermäßige mentale Dauerbelastung“.

# Deutschland: Koalitionsvertrag - Amt des Beauftragten für Religionsfreiheit bleibt

**Schutz der Christen als weltweit größte verfolgte Gruppe wird ausdrücklich genannt**

Berlin (IDEA) – Die Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird fortgesetzt. Darauf haben sich CDU/CSU und SPD in ihrem am 9. April veröffentlichten Koalitionsvertrag geeinigt. Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird darin als Gradmesser für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Geltung der Menschenrechte bezeichnet. Wörtlich heißt es: „Der Schutz religiöser und weltanschaulicher Minderheiten sowie insbesondere der Schutz der weltweit größten verfolgten Gruppe, der Christen, ist von besonderer Bedeutung.“ Das Amt des Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit wurde 2018 geschaffen. Erster Amtsinhaber war bis 2021 der bisherige Bundestagsabgeordnete Markus Grübel (CDU). Er ist römisch-katholisch. Seit 2022 amtiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe als Beauftragter für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit. In seiner Bilanz für die zurückliegende Wahlperiode schreibt der Protestant, er habe besonderes Augenmerk auf die Situation religiöser Minderheiten vor allem von Christen und Jesiden im Nahen Osten gelegt. Beide Gruppen seien in den letzten 20 Jahren massiv von Flucht und Migration aus der Region betroffen. Ihre Zukunft im Nahen Osten sei ungewiss. Für die Beibehaltung des Amtes hatte sich unter anderem die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) eingesetzt. Jetzt müssen die Mitglieder bzw. Gremien der drei Parteien dem Koalitionsvertrag noch zustimmen, damit die Regierung gebildet werden kann. Bei der SPD findet dazu ein Mitgliederentscheid statt. Bei der CDU entscheidet ein „Kleiner Parteitag“ und bei der CSU der Parteivorstand.

## Eritrea: „Nordkorea Afrikas“

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.25 - Als Pastor „Mebrahtu“ schließlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, gab es nur eine Sache, die er tun wollte – zurückkehren, um das Evangelium zu verkünden.

„Er begab sich direkt auf das Missionsfeld, um zu predigen“, erklärt ein Mitglied des Barnabas-Projekt-Teams, „noch bevor er nach Hause zu seiner Familie ging.“

„Das Evangelium breitet sich aus“, sagt Mebrahtu. „Gott tut in diesem Land erstaunliche Dinge.“

Mebrahtu hat mehrere Gefängnisstrafen verbüßt. Sein Verbrechen? Er predigte den gekreuzigten Christus und diente dem Volk des Herrn in Eritrea.

Die Christenverfolgung hier gehört zu den brutalsten der Welt. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen ist so hoch, dass sich das Land den Beinamen „Nordkorea Afrikas“ verdient hat.

Doch der aufopferungsvolle Dienst von Pastor Mebrahtu zeigt, dass unsere Brüder und Schwestern trotz der verzweifeltsten Not, in der sie sich befinden, bereit sind, Christus weiterhin nachzufolgen.

Die meisten Kirchen sind in Eritrea vollständig verboten. Selbst diejenigen, die erlaubt sind, werden schikaniert und verfolgt.

Viele Gläubige befinden sich im Gefängnis. In einem Interview beschrieb ein anderer Pastor Zwangsarbeit, beengte und überfüllte Zellen, Schläge und Folter. „Wenn man ins Gefängnis kommt, erfährt man nicht, wie lange man bleiben muss“, sagte er. Viele werden nie wieder freigelassen.

Tausende Christen leiden derzeit unter diesen Misshandlungen. Pastoren und Kirchenführer werden oft am schlimmsten behandelt.

Diejenigen, die nicht im Gefängnis sitzen, arbeiten in Untergrundkirchen. Sie leben mit dem ständigen Risiko einer Verhaftung, oft in verzweifelter Armut.

Viele Gläubige hatten keine andere Wahl, als in die Nachbarländer zu fliehen. Sie waren bereits verarmt (Eritrea ist eines der ärmsten Länder der Welt) und befinden sich nun in einer Notsituation.

Der Barnabas Fund arbeitet mit Partnern in der Region zusammen, um die Bedürfnisse von 300 Flüchtlingsfamilien und 25 Pastoren von Untergrundkirchen in Eritrea selbst zu decken.

<https://www.barnabasaid.org/de/latest-needs/you-can-help-eritrean-christians-enduring-savage-persecution/>

# Großbritannien: Christliche Ärztin verurteilt

## Sie hatte nahe einer Abtreibungsklinik Gespräche angeboten

Bournemouth (IDEA) – Ein Gericht im südenglischen Poole hat eine pensionierte Medizinerin und Christin zu einer Bewährungsstrafe und Zahlung der Prozesskosten von über 23.000 Euro verurteilt, weil sie in der Pufferzone einer Abtreibungsklinik Gespräche angeboten hatte. Das berichtet die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International. Die Organisation vertritt Livia Tossici-Bolt (64) rechtlich. Zum Hintergrund: Die Christin hatte unweit einer Abtreibungsklinik in Bournemouth ein Schild hochgehalten, auf dem stand: „Bin hier zum Reden, wenn du willst.“ Dafür erhielt sie einen Bußgeldbescheid. Sie weigerte sich aber, diesen zu bezahlen. Der Fall landete so vor Gericht. Dort wurde festgestellt, dass „das Schild keinen Hinweis auf Schwangerschaft, Abtreibung oder religiöse Angelegenheiten enthielt“ und niemand eine Einschüchterung oder Belästigung einer Schwangeren beobachtet hatte. Trotzdem sah der Richter in Tossici-Bolts Verhalten einen mehrfachen Verstoß gegen ein entsprechendes Gesetz, das Schwangere innerhalb sogenannter Pufferzonen von Abtreibungskliniken vor Belästigungen schützen soll. Der Rechtsberater der Ärztin, Lorcán Price, zeigte sich enttäuscht über das Urteil und kündigte weitere rechtliche Schritte an: „Eine Christin wurde verurteilt, nur weil sie in Großbritannien auf öffentlicher Straße ein Gespräch angeboten hatte. Dieses Urteil sollte allen vernünftigen Menschen zeigen, dass Pufferzonen für Abtreibungskliniken zweifelsohne unvereinbar mit einer freien Gesellschaft sind.“ Tossici-Bolt erklärte dazu: „Ich setze mich weiterhin für die Meinungsfreiheit ein, nicht nur für mich selbst, sondern für alle meine Mitbürger. Wenn wir diesen Präzedenzfall der Zensur zulassen, ist niemandes Recht auf freie Meinungsäußerung sicher.“ Nur Tage vor dem Urteil hatte sich auch das US-Außenministerium besorgt geäußert und erklärt, den Fall der Ärztin zu beobachten. Bei dem Richter handelt es sich laut ADF um denselben, der schon den Familienvater Adam Smith-Connor im Oktober 2024 für sein stilles Gebet in einer Pufferzone verurteilt hatte (LINK: [www.idea.de/artikel/grossbritannien-lebensrechtler-zu-geldstrafe-verurteilt](http://www.idea.de/artikel/grossbritannien-lebensrechtler-zu-geldstrafe-verurteilt)). Er wird im Juli Berufung gegen seine Geldstrafe von 11.000 Euro einlegen.

# Indien: Hindu-Gruppen belästigen christliche Pilger

IIRF-D/ICC/Tübingen/08.04.25 - International Christian Concern - Zwei Autobusse mit Christen, die sich auf einer Pilgerreise in der Fastenzeit im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh befanden, wurden am 31. März von hindunationalistischen Gruppen abgefangen und in der Stadt Jabalpur der Polizei übergeben.

Anschließend wurden hochrangige Geistliche der römisch-katholischen Diözese, darunter der Generalvikar der Diözese Jabalpur und der Pfarrer der Kathedrale St. Peter und Paul, die den Pilgern auf dem Polizeirevier beistehen wollten, vor den Augen der Beamten verprügelt.

Dieser Vorfall, der von verschiedenen Seiten heftig kritisiert wurde, fand auch im indischen Parlament Widerhall, wo Oppositionsabgeordnete unter Führung des Indischen Nationalkongresses am Donnerstag das Unterhaus (Lok Sabha) verließen, um gegen den angeblichen Angriff auf die römisch-katholischen Priester zu protestieren.

Die Oppositionsabgeordneten versuchten, das Thema zur Sprache zu bringen, und einige von ihnen standen im Gang und riefen Slogans und forderten eine Diskussion zu diesem Thema.

Der Sprecher des Hauses, Om Birla, ließ sie jedoch nicht gewähren, und nachdem sie Parolen gerufen hatten, verließen sie das Haus.

Die Evangelical Fellowship of India (EFI) äußerte ihre tiefe Besorgnis über die Festnahme der christlichen Pilger und den körperlichen Angriff auf die Mitglieder des Klerus.

„Der Angriff auf hochrangige Geistliche in einer Polizeistation ist zutiefst beunruhigend“, sagte Pfarrer Vijayesh Lal, Generalsekretär von EFI, in einer Pressemitteilung. „Wir sind besorgt, dass solche Vorfälle den verfassungsmäßigen Schutz, der allen Bürgern garantiert ist, untergraben und fordern eine faire und gründliche Untersuchung der Angelegenheit.“

Aktivisten der beiden Hindu-Organisationen Vishwa Hindu Parishad und Bajrang Dal, die Wind davon bekommen hatten, dass christliche Pilger aus der Stadt Mandla nach Jabalpur gekommen waren, verfolgten und stoppten die beiden Busse und behaupteten, dass die mehr als 50 Stammesangehörigen heimlich hergebracht wurden, um ihre Religion zu konvertieren.

Die Passagiere erklärten jedoch, sie seien von Anfang an Christen und befänden sich auf einer Pilgerreise als Teil ihrer vorösterlichen Feierlichkeiten. Sie gaben sogar an, dass sie jeweils 500 INR (6 Dollar) für die Anmietung des Reisebusses bezahlt hätten.

Die Hindu-Organisationen verlangten daraufhin, dass sich die Pilger ausweisen, um zu beweisen, dass sie Christen sind. Es sei darauf hingewiesen, dass in indischen Personalausweisen keine Religion angegeben ist.

Der Leiter der Polizeistation, in die die Busse gebracht wurden, sagte ebenfalls, er habe keine Beweise für eine illegale Konversion gefunden.

Verschiedene christliche Organisationen in Jabalpur haben in der Stadt gegen die Angriffe auf Geistliche und Pilger protestiert. Daraufhin hat die Polizei eine Anzeige gegen die Angreifer erstattet.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Irak: Drei Verletzte bei Axtangriff

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.25 - Drei Menschen wurden von einem Mann verletzt, der [eine Axt schwang](#), als assyrische Christen am 1. April in der irakischen Stadt Duhok ihre jährliche Neujahrsparade abhielten.

Der Angreifer, dessen Name noch nicht offiziell bekannt gegeben wurde, rannte mit der Axt auf die Menge zu. Er schlug mit der Waffe auf drei Menschen ein, bevor er von Teilnehmern der Parade und Sicherheitskräften überwältigt wurde.

In Online-Videos war zu sehen, wie der Angreifer wiederholt „Islamischer Staat, der Islamische Staat bleibt bestehen“ rief.

Die Parade in Duhok in der halbautonomen Region Irakisch-Kurdistan markierte den Beginn des 6775. neuen Jahres nach dem babylonisch-assyrischen Kalender. An der Parade nahmen mehr als 5000 Christen aus dem Irak und der gesamten assyrischen Diaspora teil.

Ein 17-jähriger Jugendlicher und eine 75-jährige Frau erlitten Schädelbrüche. Auch ein Mitglied der örtlichen Sicherheitskräfte wurde verletzt. Alle drei wurden ins Krankenhaus eingeliefert, wie örtliche Sicherheitsbeamte bestätigten.

Athraa Abdullah, die Mutter des 17-jährigen Fardi, sagte in Bezug auf die Vertreibung ihrer Familie durch die Kämpfer des Islamischen Staates im Jahr 2014: „Wir wurden bereits vom IS angegriffen und vertrieben, und heute wurden wir an einem Ort, an dem wir Schutz suchten, Opfer eines Terroranschlags.“

Janet Aprem Odisho, die Tochter des 75-jährigen Yoniyah Khoshaba, wurde verletzt. Sie sagte, sie und ihre Mutter hätten zum Zeitpunkt des Angriffs in der Nähe der Parade eingekauft.

„Er rannte mit einer Axt auf uns zu“, sagte sie. „Ich erinnere mich nur daran, dass er meine Mutter getroffen hat, und ich rannte weg, als sie hinfiel. Er hatte bereits einen jungen Mann angegriffen, der blutend auf der Straße lag, und dann versuchte er, weitere Menschen anzugreifen.“

Ninab Yousif Toma, ein Sprecher der Assyrian Democratic Movement, verurteilte den Angriff und sagte: „Wir sind heute marschiert, um zu zeigen, dass wir hier seit Tausenden von Jahren existieren. Dieser Angriff wird unser Volk nicht aufhalten.“

Trotz des Angriffs wurden die Feierlichkeiten der Assyrer fortgesetzt und erfolgreich abgeschlossen.

Nach dem Vorfall [verurteilte](#) der Gouverneur von Duhok, Ali Tatar, den Angriff als „Angriff auf das friedliche Zusammenleben in der Region Kurdistan“.

Der Gouverneur bestätigte die sofortige Verhaftung des Angreifers und fügte hinzu: „Im Laufe der Geschichte war Kurdistan immer ein leuchtendes Beispiel für das Zusammenleben und die Toleranz gegenüber Christen, Juden, Jesiden und allen anderen Bevölkerungsgruppen. Solche Versuche, unser Zusammenleben zu stören, werden keinen Erfolg haben.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/three-injured-in-axe-attack-on-christians-in-iraq/>

# Iran: Menschenrechtslage

## 104 Hinrichtungen allein im März

(IGFM) Die Menschenrechtsbilanz des iranischen Kalenderjahres 1403 (März 2024 bis März 2025) zeichnet ein erschreckendes Bild der systematischen Verletzungen grundlegender Rechte. Allein im März 2025 wurden mindestens 104 Menschen in iranischen Gefängnissen hingerichtet – im Schnitt fast vier Personen pro Tag.

Zusätzlich zu diesen Exekutionen verhängte die Justiz mindestens 22 neue Todesurteile und bestätigte mindestens fünf weitere bereits bestehende Todesurteile. Die Islamische Republik hat im vergangenen Jahr mindestens 1.500 Personen hingerichtet und Verfahren gegen mehr als 30.000 Frauen eingeleitet, weil diese gegen die vorgeschriebene Kopftuchpflicht verstießen.

Ein besonders schockierender Fall staatlicher Repression war die Vollstreckung eines Urteils von 74 Peitschenhieben gegen den bekannten Sänger und Komponisten [Mehdi Yarahi](#). Yarahi, der zuvor bereits politisch verfolgt und inhaftiert wurde, hatte mit seinem Lied „Dein Kopftuch“ die Protestbewegung „Frau, Leben, Freiheit“ unterstützt. Seine Anwältin Zahra Minoui bestätigte die Vollstreckung des Urteils öffentlich. Diese Nachricht sorgte für heftige Reaktionen in sozialen Netzwerken. Zahlreiche Künstler, Zivilaktivisten und politische Persönlichkeiten verurteilten die Auspeitschung scharf.

Die Friedensnobelpreisträgerin [Narges Mohammadi](#) schrieb auf Instagram, diese Bestrafung sei eine Vergeltung gegen Yarahis Solidarität mit iranischen Frauen und ein direkter Angriff auf die „stolze und rebellische Seele der Frauen, Leben, Freiheit-Bewegung“. Zudem veröffentlichten mehr als 239 Künstler aus dem Iran eine gemeinsame Erklärung, in der sie betonten, dass ein Angriff auf einen Künstler als Angriff auf die gesamte Menschheit zu verstehen sei, und vor schweren sozialen und kulturellen Folgen solcher staatlichen Repression warnten.

Im März 2025 veröffentlichte ein Sonderausschuss des iranischen Präsidenten einen Bericht über die landesweiten Proteste von 2022, die durch die Tötung von Jina Mahsa Amini ausgelöst wurden und zur Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ führten. Der Bericht ist der jüngste offizielle Bericht über die Ereignisse, der vom Regime veröffentlicht wurde, und enthält zahlreiche widersprüchliche Informationen. Der Bericht führte die Proteste hauptsächlich auf US-Sanktionen und wirtschaftliche Schwierigkeiten zurück, ohne auf die sozialen und politischen Ursachen, die staatliche Einmischung in den Lebensstil der Bürger oder die massiven Menschenrechtsverletzungen einzugehen.

Zudem stritt die Regierung erneut jegliche Verantwortung für den Tod von Mahsa Jina Amini ab und behauptete, sie sei aufgrund einer Vorerkrankung verstorben, nicht infolge staatlicher Gewalt. Der Bericht machte stattdessen „ausländische Akteure“ und „provokative Falschmeldungen“ für die Eskalation der Proteste verantwortlich.

Die offizielle Zahl der Todesopfer wurde mit 281 angegeben, darunter 90 Protestierende und 54 Sicherheitskräfte. Weiterhin behauptete der Bericht, dass 25 Personen bei „terroristischen Anschlägen“ ums Leben gekommen seien, während bei weiteren 112 Todesfällen keine Schuldigen identifiziert wurden. Diese Zahlen widersprechen sogar früheren Angaben des Revolutionsgardekommandeurs Amir Ali Hajizadeh, der bereits 2022 von mindestens 300 getöteten Demonstranten gesprochen hatte.

# Iran: Zwei Konvertiten verurteilt

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.25 - Zwei zum Christentum konvertierte Iraner, der 56-jährige Mahmoud Mardani-Kharaji und sein Bruder Mansour (50), wurden wegen ihrer Mitgliedschaft in einer „Hauskirche“ zu vier Jahren Gefängnis [verurteilt](#).

Sie wurden nach dem geänderten Artikel 500 des iranischen Strafgesetzbuches verurteilt, der „abweichende Propagandaaktivitäten, die der heiligen Religion des Islam zuwiderlaufen“, unter Strafe stellt.

Die Brüder wurden [erstmals verhaftet](#), als Polizisten in Zivil im Dezember 2022 eine Versammlung einer „Hauskirche“ überfielen.

Zusätzlich zu ihrer Gefängnisstrafe wurden gegen Mahmoud und Mansour jeweils 150 Millionen Tomans (1.375 €) verhängt. Nach ihrer Freilassung dürfen sie fünf Jahre lang keiner Gruppe beitreten und zwei Jahre lang ihre Heimatprovinz Isfahan nicht betreten, eine Auflage, die als „inneres Exil“ bekannt ist.

Bei zwei weiteren Christen, die zusammen mit den Brüdern verhaftet worden waren, wurden die Anklagen fallen gelassen, wobei die Gründe dafür unklar bleiben.

Christliche Konvertiten werden im Iran oft unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören oder sich bereit zu erklären, sich nicht mehr an christlichen Aktivitäten zu beteiligen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/two-iranian-christian-converts-sentenced-to-prison-and-fined/>

# Kamerun: Missionar und sein Assistent wieder frei

nach 48 Stunden von Entführern freigelassen

Yaoundé (Fides) - Die Entführung und Freilassung eines 83-jährigen britischen Missionars und seines kamerunischen Assistenten innerhalb von 48 Stunden bringt den vergessenen Konflikt in den anglophonen Regionen Kameruns wieder ins Licht der internationalen Medien.

Der Mill Hill-Missionar Huub Welters (MHM), und sein Assistent Henry Kang waren am 1. April auf der Straße von Bamenda nach Ilung entführt worden. Dies berichten die „Mill Hill“-Missionare auf der Website der Misionsgesellschaft. „Am Dienstagmorgen, dem 1. April, fuhren Bruder Huub Welters (MHM) und sein Assistent Henry Kang von Bamenda nach Ilung, wo sie Unterrichtsräume für benachteiligte Kinder bauen, Kinder, denen sie eine Chance auf eine bessere Zukunft geben wollen. Doch nur 20 km entfernt, in einer Stadt namens Bambui, wurde ihre Reise brutal unterbrochen. Sie wurden von unbekanntem Bewaffneten verschleppt“.

Der Albtraum der beiden Männer dauerte nur 48 Stunden, denn am 3. April wurden sie wohlbehalten freigelassen und konnten in das „Mill Hill House“ in Bamenda zurückkehren.

„Bruder Huub Welters sollte in seinem Alter eigentlich zu Hause sein und sich ausruhen, umgeben von der Wärme der Erinnerungen an seinen jahrzehntelangen selbstlosen Dienst“, schreiben die Mill Hill Missionare. „Stattdessen entschied er sich zu bleiben, weil sein Herz es ihm einfach nicht erlaubte, sich von den Bedürftigen abzuwenden. Und nun sind seine Güte, seine Aufopferung und seine Liebe auf Gewalt und Leid gestoßen“.

Bamenda ist die Hauptstadt der nordwestlichen Provinz von Kamerun, die zusammen mit der südwestlichen Provinz die so genannte anglophone Region Kameruns bildet.

Bamenda ist häufig Schauplatz von Entführungen und Morden im Zusammenhang mit der 2016 ausgebrochenen separatistischen Gewalt. Die Separatisten haben es dabei oft auf Beamte und Verwaltungsangestellte abgesehen und beschuldigen sie, mit der französischsprachigen Zentralregierung zusammenzuarbeiten.

Die Unruhen begannen 2016, nachdem Präsident Paul Biya, der Kamerun seit mehr als vier Jahrzehnten regiert, mit Gewalt auf friedliche Proteste in englischsprachigen Regionen reagierte, in denen sich die Bevölkerung von der Zentralregierung benachteiligt fühlt. Seit Beginn des Konflikts wurden mindestens 6.000 Zivilisten sowohl von Regierungstruppen als auch von separatistischen Kämpfern getötet. Die separatistischen Gruppen, die als „Amba Boys“ bezeichnet werden, streben einen eigenen Staat namens „Ambazonien“, dessen Gründung am 1. Oktober 2017 symbolisch verkündet wurde.

Auch Kirchenmitglieder waren von der Gewalt betroffen. Der Mill Hill-Missionar Pater Elvis Mbangsi wurde bei dem Angriff auf die Kirche „St. Martin of Tour“ in Kembong in der Diözese Mamfe im Südwesten Kameruns verletzt (vgl. Fides 28/9/2023). Der am 3. April 2021 verstorbene emeritierter Erzbischof von Douala, Kardinal Christian Tumi, wurde im Jahr 2020 entführt.

(L.M.) (Fides 7/4/2025)

# Mauretanien: Grab geschändet und Leichnam eines kürzlich verstorbenen Christen exhumiert.

Christen in Mauretanien bitten um Gebet für die Gläubigen in dieser Region und ihre Familien

IIRF-D/MEC/Tübingen/10.04.25 - Die Christen in Sélibaby sind ernsthaft besorgt um ihre Sicherheit und ihr Leben, da die Aufstachelung zum Hass gegen sie durch prominente religiöse und kommunale Führer anhält. Nach einer Demonstration gegen die Existenz von Christen in der Gegend schändete ein Mob das Grab und exhumierte den Leichnam eines kürzlich verstorbenen Christen.

Die von den Behörden genehmigte Demonstration fand am 7. April 2025 statt ([wir berichteten](#)). In den sozialen Medien und während der Demonstration wurden Drohungen gegen Christen ausgesprochen, unter anderem sollten die Häuser von Christen niedergebrannt werden. Der wütende Mob begab sich zum Friedhof, zertrümmerte den Grabstein des verstorbenen Christen und exhumierte seinen Leichnam. Der Leichnam wurde auf die Straße geschleift und in ein Dorf 20 km außerhalb von Sélibaby gebracht, wo er wieder begraben wurde.

Die Spannungen ließen bis zum Abend nach, aber am nächsten Tag nahmen die Beiträge in den sozialen Medien zu, in denen Christen als Ungläubige und Abtrünnige bezeichnet und zu "Maßnahmen" gegen sie aufgerufen wurden. Sie riefen zur totalen Ächtung der Christen auf. Einige der Anführer wurden von ihren Clans und Verwandten gewarnt, sie nicht zu kontaktieren. Die Lage bleibt volatil.

Am 8. April gaben die Behörden bekannt, dass die Sicherheitskräfte in der Region nach einer Untersuchung entlassen wurden.

Ende 2023 wurde diese Stadt Zeuge der Verhaftung einer großen Anzahl von Kirchenführern und ihren Familienmitgliedern, was zu einem landesweiten Fall wurde. Christliche Aktivitäten wurden im Parlament debattiert, und mehrere Minister gelobten, gegen die Ausbreitung der Kirche vorzugehen. Die inhaftierten Christen wurden Anfang 2024 freigelassen.

Seitdem sind sie in den Gemeinden, in denen sie leben, mit Herausforderungen konfrontiert, darunter Drohungen gegen sie und ihre Familien, die einige der Anführer dazu zwangen, vorübergehend umzusiedeln. Christen werden auf der Straße verbal und körperlich angegriffen. Kinder werden in der Schule gewaltsam angegriffen. Führungskräfte werden von der Beteiligung an lokalen NGOs für soziale Entwicklung ausgeschlossen.

Mauretanien hat eines der strengsten Apostasiegesetze, in dem der Tod die einzige Strafe ist. Es gab bereits zuvor gewalttätige Demonstrationen gegen Personen, die als islamfeindlich gelten.

Christen in Mauretanien fordern uns auf, zu beten:

- Dass Christen und ihre Familien die Gegenwart Jesu, seinen Trost und seine Kraft in diesen schwierigen Zeiten kennen
- Für göttlichen Schutz für Christen und ihre Familien, dass die Morddrohungen nicht umgesetzt werden.
- Dass sie Weisheit und die Führung des Geistes haben, wie sie mit der Hasskampagne und der Ächtung umgehen sollen.
- Dass die Behörden und die lokalen politischen Führer aufhören, weiterhin zu Hass und Einschüchterung aufzustacheln.
- Für Toleranz gegenüber den Christen im Land und Überführung durch den Heiligen Geist für diejenigen, die Hass gegen sie schüren

Sie können auf der Website von MEC auf dieses Gebetsanliegen zugreifen, indem Sie [hier klicken](#).

# Mauretanien: Hetze gegen Konvertiten

Imame in einer Stadt im Süden des Landes rufen über Social-Media-Plattformen zu einer öffentlichen Demonstration gegen Christen (Konvertiten) auf. Sie protestieren gegen die Existenz von Christen und nennen sie "Ungläubige" und "Abtrünnige".

IIRF-D/MEC/Tübingen/08.04.25 - Die Demonstration wurde von den Behörden für den 7. April 2025 genehmigt. Christen in Mauretanien bitten um Gebet für die Gläubigen in dieser Gegend und ihre Familien, insbesondere für diejenigen, die an der Beerdigung eines kürzlich verstorbenen Kirchenmitglieds teilgenommen haben.

Der Betroffene, ein konvertierter Christ, hatte einen Motorradunfall und starb am 1. April im Krankenhaus. Am nächsten Tag wurde sein Leichnam zur Beerdigung in seine Heimatstadt gebracht. Einige muslimische Führer sagten seiner Familie, sie sollten ihn nicht beerdigen, da er als "Abtrünniger" angesehen werde.

Mehrere lokale Zeitungen berichteten über den Vorfall und nannten die Gruppe eine "Christianisierungszelle". Die Geschichte ging viral, wobei der wichtigste Kirchenführer, der die Beerdigung leitete, besonders ins Visier genommen wurde.

Bereits Ende 2023 wurde diese Stadt Zeuge der Verhaftung einer großen Anzahl von Kirchenführern und ihren Familienmitgliedern, was zu einem landesweiten Eklat führte. Christliche Aktivitäten wurden im Parlament debattiert, wobei mehrere Minister gelobten, gegen die Ausbreitung der Kirche vorzugehen. Die inhaftierten Christen wurden Anfang 2024 freigelassen.

Seitdem sind sie in den Gemeinden, in denen sie leben, mit Herausforderungen konfrontiert, darunter Drohungen gegen sie und ihre Familien. Einige Anführer der Christen sahen sich gezwungen, vorübergehend umzusiedeln. Christen werden auf der Straße verbal und körperlich angegriffen. Ihre Kinder werden in der Schule gewaltsam angegriffen. Christliche Führungskräfte werden von der Beteiligung an lokalen NGOs für soziale Entwicklung ausgeschlossen.

In jüngster Zeit erhielten die wichtigsten Leiter schwere Morddrohungen von Personen, die mit Milizen aus den benachbarten Sahel-Ländern in Verbindung stehen.

Mauretanien hat eines der strengsten Apostasiegesetze, in dem die Hinrichtung die einzige mögliche Strafe ist. Es gab bereits zuvor gewalttätige Demonstrationen gegen Personen, die als islamfeindlich gelten.

## Gebetspunkte

Christen in Mauretanien fordern uns auf, zu beten:

- Dass Christen und ihre Familien die Gegenwart Jesu, seinen Trost und seine Kraft in diesen schwierigen Zeiten kennen.
- Dass sie Weisheit und die Führung des Geistes haben, wie sie mit der Hasskampagne und den Gewaltandrohungen umgehen sollen.
- Dafür, dass die Hetze gegen Christen und der Versuch der Einschüchterung von Christen erfolglos bleiben.
- Für den Schutz Gottes über den Christen und ihren Familien
- Dass die Behörden und die lokalen politischen Führer aufhören, zu Hass und Einschüchterung aufzustacheln.
- Für Toleranz gegenüber den Christen im Land und geistliche Überführung derer, die Hass gegen sie schüren durch den Heiligen Geist

Quelle: [www.meconcern.org/2025/04/06/mauritania-demonstration-against-christians-planned/](http://www.meconcern.org/2025/04/06/mauritania-demonstration-against-christians-planned/)

# Mauretanien: Wie geht es den Christen?

## Die Dunkelheit Mauretaniens durchdringen

Gott sei Dank gibt es in Mauretanien eine kleine christliche Gemeinschaft, deren Gläubige mutige Zeugen in einem Land sind, in dem es für Nicht-Muslime sehr schwer ist. Vor vierzig Jahren dachte man, Mauretanien sei das einzige Land der Erde, in dem es keine einheimischen Gläubigen gibt, aber das ist heute anders. Die genaue Zahl kann nicht bestätigt werden, aber einige Schätzungen gehen von bis zu 8.000 aus. Christen aus anderen afrikanischen Ländern, deren Evangelisation zu diesem Wachstum beigetragen hat, spielen eine wichtige Rolle bei der Ermutigung und Belehrung der einheimischen Gemeinde in einem nach wie vor feindlichen Umfeld.

Quelle: Bridgeway Publications übersetzt und bearbeitet von AKREF

# Myanmar: Christen reagieren auf das Erdbeben mit Stärke und Gebet

International Christian Concern - Weniger als zwei Wochen vor dem verheerenden Erdbeben vom 28. März in Myanmar besuchte ein Mitarbeiter von International Christian Concern (ICC) das Land, um die Bedingungen für einheimische Christen und ausländische Mitarbeiter inmitten des anhaltenden Konflikts und der Instabilität zu untersuchen. Die Ergebnisse zeichnen ein düsteres Bild von weit verbreiteten Vertreibungen, Korruption und einer angespannten Infrastruktur, zeigten aber auch die Widerstandsfähigkeit der Kirche und ihrer Gläubigen, die trotz der wachsenden Herausforderungen unbeirrt an ihrem Glauben festhalten.

„Ich habe mich seit dem Erdbeben bei Freunden und lokalen Kontaktpersonen erkundigt. Sie berichteten von den enormen Zerstörungen in Mandalay, wo sich die Aufräumarbeiten langsam durch die Trümmer und Schäden arbeiten. Die Auswirkungen sind auch im ganzen Land enorm. Diejenigen, die ich kontaktierte, baten um anhaltendes Gebet für die örtlichen Teams, die beim Wiederaufbau helfen, und für ihr Land. Angesichts ihrer Notlage und der Situation in seinem Land fragte ein örtlicher Pastor sogar selbstlos, ob ich selbst Gebetsanliegen hätte. Dies zeigt, wie stark der Glaube der Gläubigen trotz der Hindernisse ist. Ich habe mich auch mit verschiedenen christlichen Freunden und Kontakten in Thailand in Verbindung gesetzt, um zu sehen, wie wir beten und durch Gottes Gnade helfen können“, sagte ein ICC-Mitarbeiter in Südostasien.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Nigeria: Bewaffnete töten 40 Christen

## Darstellung als Zusammenstöße zwischen Bauern und Hirten zurückgewiesen

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.25 - Bei Angriffen auf mehrere Gemeinden im nigerianischen Bundesstaat Plateau am 2. April wurden mindestens [40 Menschen getötet](#) und mehr als 1.000 vertrieben.

Die Angriffe richteten sich gegen die Dörfer Hurti, Josho und Daffo sowie andere Gemeinden im Verwaltungsbezirk Bokkos.

Die Angreifer kamen Berichten zufolge auf Motorrädern und führten koordinierte Angriffe durch, bei denen sie Eigentum plünderten und zerstörten.

Maren Aradong, der Dorfvorsteher von Hurti, bestätigte, dass die Angreifer 383 Häuser niedergebrannt und Lebensmittel und andere Gegenstände gestohlen hätten. Er lobte die rasche Reaktion der staatlichen Behörden und Sicherheitskräfte, forderte jedoch einen verstärkten Einsatz, um weitere Gewalt zu verhindern.

Caleb Mutfwang, Gouverneur des Bundesstaates Plateau, bezeichnete die Vorfälle als „koordinierte Kriminalität, die von Konfliktunternehmern gefördert wird“, und wies die Darstellung von Zusammenstößen zwischen Bauern und Hirten zurück.

Solomon Dalung, ehemaliger Minister für Jugend und Sport in der nigerianischen Bundesregierung, [verurteilte die Morde](#) in der LGA Bokkos ebenfalls als Akte des „Terrorismus“ und des „Völkermords“.

Schätzungsweise 45.000 Christen im Norden und im Mittleren Gürtel Nigerias wurden seit 2009 bei islamistischer Gewalt getötet. [Drei Männer wurden](#) am 23. März im Bundesstaat Plateau von mutmaßlichen Fulani-Islamisten getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/gunmen-kill-40-christians-in-plateau-state-nigeria/>

# Pakistan: Angriff durch muslimischen Kollegen

IIRF-D/BA/Tübingen/10.04.25 - Ein 22-jähriger pakistanischer Christ wurde ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er bei einem [Angriff](#) durch einen muslimischen Kollegen schwere Halsverletzungen erlitten hatte.

Waqas Masih wurde an seinem Arbeitsplatz in Sharaqpur, Punjab, angegriffen, wo er seit sechs Monaten als Schrotunternehmer in der Kartonverpackungsabteilung arbeitete.

Am 21. März rief ihn sein Kollege Zohaib Iftikhar zur Seite und fragte ihn, ob er zum Islam konvertiert sei. Als Waqas verneinte, schnitt ihm Iftikhar mit einer scharfen Klinge, die zum Schneiden von Pappe verwendet wird, die Kehle durch.

Waqas wurde in ein Krankenhaus in Lahore gebracht, wo er sich Berichten zufolge in einem stabilen Zustand befand. Die Polizei hat Zohaib inzwischen festgenommen.

Ryasat Masih, Waqas' Vater, sagte, sein Sohn sei angegriffen worden, weil er sich geweigert habe, den Islam anzunehmen.

Waqas war aufgrund der Schwere seiner Verletzungen zunächst nicht in der Lage zu sprechen. In einer schriftlichen Erklärung versicherte er, dass Zohaib ihn fälschlicherweise beschuldigt habe, eine Kopie eines islamischen Lehrbuchs entweicht zu haben, indem er es mit „unreinen Händen“ berührt habe, während er Altmaterial sammelte.

„Dann stürzte er sich plötzlich auf meine Kehle und schnitt sie auf“, fuhr er in seiner Erklärung fort und fügte hinzu: „Ich kämpfte mit einer aufgeschlitzten Kehle, band mein Hemd darum und rannte zum Büro. Er hatte geplant, mich zu töten.“

Der stellvertretende Unterinspektor Abdur Rehman gab die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen zum Hintergrund des Angriffs bekannt. Er bestätigte, dass der Besitzer der Papierfabrik „jegliche Schändung islamischer Texte oder Fotografien bestritten hat“.

Ryasat Masih forderte die Regierung auf, die Höchststrafe gegen den Angreifer seines Sohnes zu verhängen und sicherzustellen, dass alle religiösen Minderheiten in Pakistan geschützt werden. „Dies ist nicht nur ein Angriff auf meinen Sohn, sondern ein Angriff auf die Menschlichkeit“, sagte er. „Mein Sohn wurde wegen seines Glaubens angegriffen.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/pakistani-christian-suffers-severe-throat-injuries-after-attack-by-musli/>

# Russland: Mangel an christlichen Druckerzeugnissen

(Licht im Osten) Slawa dankt Ihnen sehr herzlich für Ihre Gebete um geeignete Gemeinderäumlichkeiten. „Immer wieder waren uns Räume abgesagt worden, dann mussten wir uns mit 120 Leuten mal in Wohnungen versammeln, mal den Gottesdienst auf abends verschieben. Schließlich hieß es, man könne uns keinen Raum vermieten, weil wir eine Kirche seien. Jeder darf rein, nur nicht die Gläubigen. Wir fasteten und beteten. Nun haben wir ein Haus gefunden, das wir ganzjährig und dauerhaft mieten können. Natürlich ist es reparaturbedürftig, aber die Gemeinde ist bereit, für einen dauerhaften Versammlungsort zu arbeiten.“ **Bitte beten Sie**

- > „für den Ausbau und die Einrichtung des Gebäudes für unsere Gottesdienste;
- > dass uns dann nichts mehr daran hindern wird, uns zu versammeln.“
- > dass das Gemeindeleben durch die neuen Räume noch mehr aufblühen wird.

„In diesem Gebäude könnten wir eine Seelsorgeschool einrichten und uns auch unter der Woche treffen. Wir brauchen einen Raum für den Glaubenskurs für zukünftige Gemeindeglieder. Vor einigen Wochen haben wir einen solchen Kurs mit 20 Teilnehmern abgeschlossen.

...

Im Sommer und Herbst 2024 hatten wir eine Rekordzahl an Missionseinsätzen in Russland, zum größten Teil mit jungen Missionsteams aus unserer Gemeinde. Sie haben in kleineren Städten Freizeiten durchgeführt. Dort sind die Behörden, Eltern und Kinder offener. Sie stellen sogar Kulturhäuser zur Verfügung für Musikkonzerte mit Glaubenszeugnissen. Die Augen der Zuhörer im Saal leuchteten so sehr vor Freude, dass man meinen konnte, es hätten sich Gläubige versammelt. Dann bedankten sie sich dafür, dass sie sich seelisch erholen konnten, und nahmen gern die Zeitschriften mit.“ **Bitte beten Sie**

- > für die mit dem Evangelium erreichten Menschen, dass die ausgesäte Saat aufgeht und viel Frucht bringt. Außerdem haben sie für viele Kinder evangelistische Puppentheaterstücke aufgeführt. **Bitte beten Sie**
- > für die Kinder im Kaukasus, die auf diese Weise von Jesus gehört haben, dass sie ihr Leben Christusanvertrauen. „In ganz Russland hat es in den letzten Jahren einen Mangel an christlichen Druckerzeugnissen gegeben, besonders was Bibeln und Neue Testamente angeht. Gott sei Dank, finden wir immer noch Wege, Literatur zu drucken und zu verbreiten. Die Menschen sind sorgsamer geworden im Umgang mit Büchern. Aber im Zeitalter des Fortschritts gibt es die Möglichkeit, die Zeitschriften im Audioformat zu hören. Das ist wertvoll für ältere und sehr beschäftigte und sehbehinderte Menschen. Auch christliche Kalender hat dieses Jahr kaum jemand gedruckt. Glücklicherweise haben zwei Glaubensschwestern einen Kalender gestaltet und gedruckt. Erstaunlicherweise wurden die Worte aus der Heiligen Schrift sogar in Klassenzimmern neben der Tafel aufgehängt. Das zeugt von einem Hunger nach Gottes Wort.“
- > Danken Sie mit uns dafür!
- > Beten Sie bitte dafür, dass Gott all diese evangelistischen Medien zum Segen für viele Menschen gebraucht.

# Russland: Strafverfahren gegen christlichen Prediger aus dem Ural

AKREF-A/10.04.25 - Der unabhängige christliche Prediger Eduard Charov wurde bereits 2023 in einem Verwaltungsstrafverfahren wegen seiner Kommentare gegen den Ukrainekrieg in den sozialen Medien zu einer Geldstrafe verurteilt. Unter anderem hatte er die Frage aufgeworfen: „Wäre Jesus Christus in die Ukraine gegangen, um zu töten“. Nunmehr steht ihm ein Strafverfahren wegen weiterer Postings gegen den Krieg bevor, die als „Diskreditierung der russischen Streitkräfte und anderer staatlicher Stellen“ eingestuft werden. „Höchstwahrscheinlich werde ich am Ende zu einer Haftstrafe verurteilt“, erklärte er. Während er auf seine Gerichtsverhandlung wartet, darf Charov seinen Heimatbezirk nicht verlassen, nicht telefonieren und auch das Internet nicht nutzen.

Charov und seine Frau betreiben eine Unterkunft für Obdachlose, ursprünglich unter der Bezeichnung „Um Christi willen“. „Im Lauf der Gespräche mit Eduard hat er sich als sympathischer Mensch gezeigt, der sich um seine Mitmenschen kümmert und bereit ist, ihnen in schwierigen Situationen zu helfen“ meinte der russisch orthodoxe Priester seines Heimatdorfs Savinovo. Charov hat seit Kriegsbeginn auch Männern, die sich der Mobilmachung durch Flucht entzogen hatten, Unterkunft gewährt.

Wegen eines sarkastischen Kommentars zu einem Posting eines anderen Users im sozialen Netzwerk VKontakte droht Charov eine weitere Anklage nach Artikel 205.3, Teil 2 des russischen Strafgesetzbuchs (Aufruf zu terroristischen Handlungen, öffentliche Rechtfertigung von Terrorismus oder Propaganda für Terrorismus im Internet).

Seit seiner ersten verwaltungsrechtlichen Verurteilung haben die Ortsbehörden Charov und seine Unterkunft für Obdachlose und Menschen in Not immer stärker unter Druck gesetzt. Daher haben sich auch einige Freiwillige zurückgezogen, die früher bei dem Dienst an den Notleidenden mitgeholfen hatten.

Ein anderer Kritiker des Ukrainekrieges aus religiösen Gründen, der orthodoxe Priester Ioann Kurmoyarov, wurde am 1. August nach Verbüßung seiner Haftstrafe wegen „Verbreitung von Falschinformationen über die russischen Streitkräfte“ über seinen YouTube Kanal aus dem Gefängnis in St. Petersburg entlassen.

Die russischen Behörden haben Internetseiten gesperrt, auf denen der Krieg aus religiösen Gründen kritisiert wird, ebenso Internetseiten mit Berichten über die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen und Gottesdienststätten in der Ukraine, sowie Internetseiten ukrainischer religiöser Organisationen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 9. August 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Russland: Zweite Verurteilung wegen Glaubensgespräch im Gefängnis

AKREF-A/10.04.25 - Der 45-jährige Dmitry Terebilov aus der zentralrussischen Stadt Kostroma wurde als erster Zeuge Jehovas ein zweites Mal wegen „Fortsetzung der Aktivitäten einer verbotenen extremistischen Organisation“ schuldig gesprochen. Am 23. Januar wurde er zu mehr als fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er während seines ersten Gefängnisaufenthalts die Fragen eines Mitgefangenen über seinen Glauben beantwortet hatte. Die Anklage stützte sich auf Aufzeichnungen der abgehörten Gespräche der Gefangenen und Briefe, die Terebilov von anderen Zeugen Jehovas in der Haft erhalten hatte. Diese Briefe wurden als Beweis für seine „extremistische Tätigkeit“ herangezogen, obwohl der für die Zensur verantwortliche Beamte bezeugte, dass die Briefe keine Aufrufe zum Schüren von Hass oder Feindschaft enthielten. Terebilov hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Sollte es rechtskräftig werden, muss er die zweite Strafe in einem Arbeitslager strengen Regimes verbüßen.

Am 6. September 2024 hatte Terebilov seine erste Haftstrafe von 3 Jahren verbüßt, wurde jedoch nicht aus der Haft entlassen, sondern für die Dauer des zweiten Verfahrens in Untersuchungshaft genommen.

„Ich kann nicht verstehen, was ich Böses getan habe und wem“, erklärte Terebilov vor Gericht. „Wie kann ich verstehen, was erlaubt ist und was nicht? Die Behörden sagen, dass meine Religion nicht verboten ist, dass ich sie praktizieren kann, wenn ich mich nicht extremistisch betätige und das habe ich nie getan. Aber die Beamten glauben, dass alles, was ich als Zeuge Jehovas tue, bereits ein Verbrechen ist.“

In den ersten drei Monaten des Jahres 2025 haben die Ermittlungsbehörden weiterhin Strafverfahren gegen Zeugen Jehovas eingeleitet und Razzien in deren Wohnungen durchgeführt. Wie bisher wurden Zeugen Jehovas wegen der Ausübung ihres Rechts auf Religions- bzw. Glaubensfreiheit nach den gesetzlichen Bestimmungen gegen Extremismus verurteilt.

Am 3. Februar wurden sieben Zeugen Jehovas von einem Gericht in Wladiwostok der Beteiligung an einer extremistischen Organisation schuldig befunden. Zwei Männer wurden zu sieben bzw. sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Die anderen fünf, alles Frauen, wurden zu bedingten Haftstrafen verurteilt.

Am 6. März wurde der Zeuge Jehovas Aleksandr Gennadyevich Tsikunov wegen „Durchführung von Aktivitäten einer extremistischen Organisation“ zu 6 Jahren Haft verurteilt. Auch ältere und chronisch kranke Menschen bleiben nicht vor Strafverfolgung verschont. Die medizinische Versorgung in Gefängnissen und Arbeitslagern ist oft mangelhaft, was zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Gefangenen führt. Am 20. März 2025 ist Valery Semyonovich Baylo, der unter einer chronischen Magen-Darmerkrankung litt, in einem Krankenhaus in Novorossiysk gestorben in das er von einer Haftanstalt verlegt wurden war. Er war der erste Zeuge Jehovas, der während seiner Haftzeit gestorben ist.

Seit dem landesweiten Verbot der Zeugen Jehovas im Jahr 2017 wurden 822 von ihnen strafrechtlich verfolgt. 180 wurden von den Gerichten erster Instanz zu Haftstrafen verurteilt, 299 zu bedingten Haftstrafen und 83 zu Geldstrafen.

Auch die Strafverfolgungen von Muslimen, die gemeinsam die Werke des verstorbenen Theologen Said Nursi lesen, gehen weiter.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 28. März 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Somalia: Mutter von drei Kindern in Somalia verliert alle Verwandten, weil sie Christus angenommen hat

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.04.25 - Der muslimische Ehemann einer Frau in Somalia schickte sie zu ihren Eltern zurück, weil sie Christus angenommen hatte – ohne ihre drei kleinen Kinder – und dann vertrieben ihre Eltern sie, weil sie ihrer Schwester vom Evangelium erzählt hatte.

Fatuma Hussein, 30, wurde am Samstag (22. März) von ihrer leiblichen Familie geschlagen und dann verstoßen, weil sie ihren neuen Glauben an Christus mit ihrer Schwester im Dorf Tabta in der Region Lower Juba geteilt hatte, sagte der Leiter eines christlichen Teams.

Dieses Team besuchte Fatuma zum ersten Mal am das sie am 15. März. Hussein's Ehemann war nicht anwesend. An dem Tag brachen Fatumas Verwandte gegen 19:30 Uhr ihr tägliches Ramadan-Fasten. Das Team fand Hussein unwohl vor und sie klagte über die Macht der *Dschinn* (übernatürliche Wesen aus der unsichtbaren Welt im Islam), die sie bedrohten. Das Team betete für sie und machte sich auf den Weg in ein anderes Dorf.

Am 17. März rief Hussein das Team an, um ihnen mitzuteilen, dass sie seit dem Gebet Frieden und Trost in ihrem Herzen verspürt habe, und lud sie in ihr Haus ein. Als sie ankamen, bat sie freudig um weitere Gebete und sagte, sie würde ihnen 100 US-Dollar zahlen – was das Team ablehnte und ihr sagte, dass die Erlösung ein kostenloses Geschenk Gottes durch seinen Sohn *Issa* (Jesus) sei, so der Leiter.

Hussein berichtete dem Team, dass sie die Stimme Gottes gehört habe, die ihr sagte: „Empfange meine Kraft, damit du auch für andere um Heilung beten kannst“.

„Sie brauchte eine Erklärung dazu, und wir nahmen uns die Zeit, ihr zu erklären, dass sie ein Gefäß Gottes ist und dass sie die Erlösung in Christus Jesus empfangen hat“, berichtete der Teamleiter Morning Star News. „Nachdem sie Christus als ihren Erlöser angenommen hatte, verließen wir das Dorf und begaben uns in ein anderes Gebiet, um dort missionarisch tätig zu sein.“

Am 19. März teilte Hussein ihren neuen Glauben mutig ihrem Ehemann Ibrahim Suleiman mit. Dieser war wütend auf sie, weil sie einen anderen Glauben als den Islam angenommen hatte, und informierte ihre Eltern. Hussein's Vater forderte Suleiman auf, sie zu ihm zurückzuschicken, damit er „sich um das Problem kümmern“ könne, sagte Hussein.

Am 20. März schickte Hussein's Ehemann sie ohne ihre drei Kinder im Alter von 7, 5 und 3 Jahren zu ihrer Herkunftsfamilie zurück. Sie begann, ihrer Schwester von der Liebe Gottes zu erzählen.

Am 22. März erfuhr Hussein's Vater davon, dass sie seiner anderen Tochter von Christus erzählte, und begann, sie zu misshandeln. Hussein: „Mein Vater begann, mich mit Stöcken zu schlagen und drohte, mich zu töten, und verstieß mich sofort aus der Familie, indem er mich mit einem scharfen Schwert verjagte. Er sagte sogar meinem Mann, er solle mich schlagen und sogar töten, wenn er mich irgendwo sieht.“

Von beiden Familien verstoßen, ist Hussein einsam und betet, dass ihre Familien das Gleiche erfahren, was sie erlebt hat. Das Christen-Team hat sie mit einer nahe gelegenen christlichen Familie in Kontakt gebracht, eine nur vorübergehende Notlösung.

Hussein sagte, sie vertraue darauf, dass Gott sie an einen sicheren Ort bringe, an dem sie die Freiheit habe, Gott anzubeten.

„Ich habe meine Kinder verloren, aber der Friede Gottes wird mein Herz weiterhin trösten“, sagte sie dem Leiter. „Bitte sagen Sie christlichen Familien, wo auch immer sie sind, dass sie weiterhin für mich beten und mich mit Geld unterstützen sollen, damit ich mir Lebensmittel kaufen kann, um mich zu versorgen, wo auch immer ich mich aufhalte, damit ich keine Last werde, und vor allem, damit Gott all meine körperlichen und geistigen Bedürfnisse erfüllt. Ich bin einsam, aber *Issa* ist bei mir.“

Laut dem US-Außenministerium ist der Islam in der Verfassung Somalias als Staatsreligion verankert und die Verbreitung anderer Religionen verboten. Außerdem müssen Gesetze den Grundsätzen der *Scharia* (islamisches Recht) entsprechen.

Die Todesstrafe für Apostasie ist nach Ansicht der etablierten Schulen der islamischen Rechtswissenschaft Teil des islamischen Rechts. Eine islamische Extremistengruppe in Somalia, Al Shabaab, ist mit Al Qaida verbündet und hält sich an diese Lehre.

Anhänger von Al Shabaab oder Sympathisanten von Al Shabaab haben seit 2011 auch [mehrere](#) nicht-lokale Menschen im Norden Kenias getötet. Damals führten kenianische Streitkräfte eine afrikanische Koalition gegen die Rebellen in Somalia an, als Reaktion auf Terroranschläge auf Touristen und andere an der Küste Kenias.

Somalia steht auf Platz 2 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, auf der Weltbeobachtungsliste 2025 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors.

<https://morningstarnews.org/2025/03/mother-of-three-in-somalia-loses-all-relatives-for-receiving-christ/>

# Sudan: Nach zwei Jahren Krieg

## Khartum kehrt zur Normalität zurück

Khartum (Fides) - Khartum, der Hauptstadt des Sudan, die am 26. März von der regulären Armee (Sudan Armed Forces, SAF) aus den Händen der Milizionäre der Rapid Support Forces (RSF) zurückerobert wurde, kehrt langsam wieder zur Normalität zurück.

Heute, am 4. April, konnten die Bürger zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Krieges im Sudan vor fast zwei Jahren über die Omdurman-Brücke nach Khartum gelangen. Omdurman ist eine Satellitenstadt von Khartum, die seit dem Ausbruch des Krieges am 15. April 2023 von der RSF eingenommen worden war, die große Teile der Verwaltungsviertel, darunter den Präsidentenpalast, unter ihre Kontrolle gebracht hatte.

Nach der Rückeroberung der Stadt versucht die sudanesisische Regierung, das normale Leben in dem Gebiet von Khartum wiederherzustellen, das neben der gleichnamigen Stadt auch Omdurman und Bahrī umfasst.

In ihrer ersten Sitzung im Hauptquartier von Khartum seit dem Ausbruch des Krieges, kündigte die Verwaltung des Bundesstaates Khartum am 2. April ein Paket dringender Sofortmaßnahmen an, darunter die Lösung von Wasser- und Stromversorgungsproblemen, den Betrieb von Krankenhäusern, die Bereitstellung dringender Nahrungsmittelhilfe und die Verbesserung der Umweltbedingungen.

Bei ihrem Rückzug aus dem Bundesstaat Khartum sollen die Milizionäre der RSF Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen haben. So wurden nach Angaben der örtlichen Behörden am 27. März in einigen Dörfern nördlich von Omdurman mindestens 89 Menschen von der RSF getötet.

Der stellvertretende Befehlshaber der RSF, Abdel Rahim Hamdan Daglo, drohte unterdessen in einem Video mit der Invasion zweier nördlicher Bundesstaaten und signalisierte damit seine Absicht, den Krieg trotz der jüngsten Niederlagen fortzusetzen.

(L.M.) (Fides 4/4/2025)

# Thailand: Neue Kirche in Mae Chaem eingeweiht

“Erneueres Engagement für die Seelsorge unter den Stammesvölkern der Region“

Chiang Mai (Fides) - Über 1.500 Gläubige aus verschiedenen Dörfern haben an der Einweihung der neuen Kirche im Bergdistrikt Mae Chaem in der Diözese Chiang Mai teilgenommen und dabei große Freude und Dankbarkeit zum Ausdruck gebracht.

Wie aus einer Verlautbarung hervorgeht, die Fides vorliegt, war die frühere Kirche im Dorf Pa Fang, die sich im Jugendzentrum befand, zu klein und unzureichend geworden, um den wachsenden Bedürfnissen der Gläubigen gerecht zu werden, zumal viele von ihnen wegen Arbeit, Ausbildung oder aus anderen Gründen in die Stadt Mae Chaem zogen.

Um diesen Bedarf zu decken, weihte die thailändische Provinz der Redemptoristen-Missionare, die seit über 25 Jahren in Mae Chaem tätig sind, am 5. April die neue Kirche im Zentrum ihrer Mission ein.

Strategisch günstig im Herzen von Mae Chaem gelegen, soll die neue Kirche eine sichtbare und einladende Präsenz für alle sein, die Beistand und ein Gefühl der Gemeinschaft und des Glaubens suchen. Ihre Gründung ist ein Zeugnis für die Vitalität der Kirche in diesem Missionsgebiet und für das Engagement derer, die sie unterstützen. Wie Provinzial Pater Peter Jittapol Plangklang (C.Ss.R.), berichtet, ist dies ein Meilenstein, der nicht nur das Wachstum der lokalen katholischen Gemeinschaft markiert, sondern auch ein erneuertes Engagement für die Seelsorge unter den Stammesvölkern der Region.

Die jahrelange Präsenz der Redemptoristen hat reiche Früchte getragen: Die Mission umfasst heute drei Hauptpfarreien und über 70 Kapellen, die in verschiedenen Dörfern verstreut sind. Die neue Kirche ist ein Symbol für den Auftrag, den Armen und Ausgegrenzten die Frohe Botschaft zu verkünden. Sie steht auch für die wachsende Reife und Einheit der katholischen Gemeinschaften unter den Stammesvölkern, deren Glaube trotz der geografischen, sprachlichen und sozioökonomischen Herausforderungen weiter gedeiht.

Die Segnungszeremonie wurde vom Erzbischof von Bangkok und ehemaligen Bischof von Chiang Mai, Francis Xavier Vira Arprondratana, im Beisein von Erzbischof Peter Brian Wells, Apostolischer Nuntius in Thailand, Pater Peter Jittapol Plangklang (C.Ss.R.), Provinzialoberer der Redemptoristen in Thailand, sowie weiteren Priestern, Ordensleuten, zivilen Verantwortlichen und lokalen Behörden geleitet.

(AP) (Fides 8/4/2025)

# Uganda: Attacken auf Christen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.04.25 - Eine Muslimin im Osten Ugandas hat diesen Monat ein christliches Ehepaar getötet und dabei versehentlich ihrer eigenen Tochter das Leben genommen.

Doreen Nairuba starb am 16. März an vergiftetem Essen, das von Hanifa Hamiyat in der Stadt Nabiganda im Distrikt Butaleja zubereitet worden war. Nairuba war im sechsten Monat schwanger.

Hamiyats 18-jährige Tochter Kapisa starb am selben Tag, nachdem sie unwissentlich das für Nairuba und Nairubas Ehemann Jackson Wampula zubereitete Essen gegessen hatte. Wampula starb am nächsten Tag (17. März) an der Vergiftung.

Nairuba hatte ihren christlichen Glauben mit Kapisa geteilt, die die Highschool abgeschlossen hatte und auf die Ergebnisse wartete, um zu entscheiden, ob sie ein College besuchen würde. Hamiyat war verärgert darüber, dass das Paar ihre Tochter am 17. März zu einem Gottesdienst mitgenommen hatte.

Ein muslimischer Nachbar, der gesehen hatte, wie das christliche Paar mit Kapisa zur Kirche gegangen und am Nachmittag mit ihr zurückgekehrt war, informierte Hamiyat, die ihn bat, von ihrer Tochter zu erfahren, wo sie gewesen war.

Gegen 17:30 Uhr fing der Nachbar Kapisa ab, und sie erzählte ihm, dass sie den Gottesdienst besucht hatte. Er und Kapisa kehrten zu ihrem Haus zurück und erzählten es ihrer Mutter.

Während des Ramadan ist es unter Muslimen üblich, abends Essen mit anderen Familien zu teilen, um das tägliche Fasten zu brechen, und um 19 Uhr bereite Hamiyat eine Mahlzeit zu und schickte Kapisa, um es dem christlichen Paar zu bringen.

„Die Tochter wusste nicht, dass ihre Mutter Gift ins Essen getan hatte“, sagte der Nachbar. „Als die Tochter Doreens Haus erreichte, aßen die drei zusammen, und sofort danach ging sie.“

Zu Hause klagte Kapisa über Bauchschmerzen und erbrach sich bald darauf und klagte.

„Die Mutter fragte, was das Problem sei und warum sie sich verspätet habe. Das Mädchen antwortete, dass sie das Essen mit Doreens Familie geteilt habe und starke Schmerzen habe. Als Hamiyat das hörte, rief sie laut: „*Allah Karim* [Großzügiger Allah], ich habe mich umgebracht“.

Kapisa wurde in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht, wo sie starb.

Nach etwa einer Stunde begannen Nairuba und ihr Ehemann unter Magenschmerzen und Durchfall zu leiden und riefen einen anderen Nachbarn zu Hilfe.

„Als ich am Haus ankam, waren die beiden in einem schlechten Zustand, und ich brachte sie in eine nahe gelegene Klinik, wo sie Erste Hilfe erhielten, bevor sie ins Hauptkrankenhaus überwiesen wurden“, sagte der Nachbar, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden soll.

Nairuba starb, bevor sie das Krankenhaus erreichte, und Wampula starb am nächsten Tag im Krankenhaus, so der Nachbar.

Bei Tests, die an Proben der restlichen Lebensmittel durchgeführt wurden, stellten die Ärzte fest, dass diese ein giftiges Medikament enthielten, das den Tod des Paares und von Kapisa verursachte, so der Nachbar.

Lokale Führungskräfte nahmen Hamiyat fest und verhörten sie. Sie gestand, das Essen vergiftet zu haben, so der Nachbar.

„Ich hatte nie die Absicht, meine Tochter zu töten, aber mein Plan war es, die Nachbarn zu töten, weil sie meine Tochter während des heiligen Monats Ramadan in die Kirche gebracht hatten“, sagte sie. „Unser Imam hatte uns versichert, dass Allah einen mit einem *Dschanna* [Paradies] namens *Firdausi* belohnt, wenn man einen *Kafir* [Ungläubigen] tötet, also wollte ich dieses *Dschanna* bekommen.“

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels befand sich Hamiyat in Polizeigewahrsam. Eine Anhörung war für Mittwoch (2. April) angesetzt.

## Evangelisten schwer verwundet

In der Stadt Iganga im Distrikt Iganga, ebenfalls im Osten Ugandas, befanden sich zwei Christen in kritischem Zustand, nachdem sie von strenggläubigen Muslimen während einer Evangelisation unter freiem Himmel geschlagen und erstochen worden waren, wie einer der Evangelisten berichtete.

Ephraim Idube (32) und Tefiro Mwanani (40) verließen am 14. März die Stadt Buseesa, um in Iganga den Muslimen das Evangelium zu predigen. Nachdem sie kleine tragbare Lautsprecher aufgestellt hatten, verkündeten sie das Evangelium und sagten, dass Christus der Sohn Gottes sei, dass er allein die Menschen in den Himmel führen werde und dass Mohammed lediglich ein Prophet „aus dem Nirgendwo“ sei, sagte Mwanani.

„Muslime kamen in großer Zahl und begannen zu schreien, während sie uns fragten, warum wir Lärm machten und ihren Propheten in ihrem heiligen Monat Ramadan auf eine niedrigere Position setzten“, sagte Mwanani gegenüber Morning Star News.

Bevor sie antworten konnten, habe einer der Muslime ihren tragbaren Lautsprecher gepackt, die Kabel herausgerissen und mit einem Hammer darauf eingeschlagen, während andere sie schlugen, sagte er.

„Einer, der als Bruhan Isabirye identifiziert wurde, ging in eine nahe gelegene Metzgerei und holte ein Panga [langes somalisches Schwert] und begann, auf uns einzustechen“, sagte Mwanani. „Viele Menschen, darunter auch Christen, kamen, um uns zu retten, und nahmen ihm das Panga aus der Hand. Obwohl es etwas spät war, hatten wir zu viel Blut verloren, aber wir danken Gott, dass sofort Hilfe kam und wir ins Krankenhaus gebracht wurden.“

Da sie tiefe Wunden erlitten hatten, befanden sie sich im Iganga-Krankenhaus in einem kritischen Zustand, sagte ein Mitarbeiter von Morning Star News, der sie besuchte.

Die Angriffe waren die jüngsten von [vielen](#) Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze sehen Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, seinen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus. Sie sind in den östlichen Gebieten des Landes stark vertreten.

<https://morningstarnews.org/2025/03/christian-couple-woman-they-led-to-christ-poisoned-to-death/>

# Uganda: Muslim ersticht seine Frau, weil sie Christus angenommen hat

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.04.25 - Eine Mutter von sechs Kindern wurde in Uganda von ihrem muslimischen Ehemann erstochen, nachdem sie am 23. März ihren ersten Gottesdienst besucht hatte.

Nasiimu Mirembe, deren Kinder zwischen 3 und 18 Jahre alt sind, hatte am 21. März ihr Vertrauen in Christus gesetzt, nachdem sie von einer Freundin im Stadtrat von Busembatya im Osten Ugandas das Evangelium gehört hatte. Sie war 41 Jahre alt.

Sie und ihre Freundin waren am 23. März auf dem Weg zu einem Gottesdienst, als ein muslimischer Nachbar, Awudu Mbulalina, sie 200 Meter vor dem Gottesdienstgelände begrüßte und weiterging, so die Freundin, deren Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden darf.

Mirembe befürchtete, Mbulalina würde ihrem Ehemann sagen, dass sie auf dem Weg zu einem Gottesdienst war, und dass er sie töten würde, aber die Freundin ermutigte sie, auf Gott zu vertrauen, und überredete sie, weiterzumachen.

Nach dem Gottesdienst, bei dem Mirembe als neue Christin vorgestellt wurde, waren sie auf dem Heimweg, als sie etwa 200 Meter vom Kirchengelände entfernt auf ihren Ehemann Adamu Mukungu trafen, so die Freundin. Mukungu grüßte sie nicht.

„Sofort fing er an, seine Frau zu schlagen. Ich fing an zu schreien und um Hilfe zu rufen. Mukungu zog dann ein langes Messer und fing an, sie damit zu schneiden.“ so die Freundin.

Als Mukungu mehrere Kirchenmitglieder unter der Führung eines Kirchenältesten auf sich zurennen sah, floh er.

Sie brachten Mirembe zur medizinischen Behandlung in eine nahe gelegene Klinik, aber nach zwei Stunden verschlechterte sich ihr Zustand und sie wurde in ein größeres Krankenhaus in Bugiri überwiesen, wo die Ärzte starke innere und äußere Blutungen feststellten.

Die Ärzte erklärten sie am 24. März um 3:45 Uhr morgens für tot.

Mukungu sei geflohen und die Polizei suche noch nach ihm, sagte ein Mitglied der Kirche.

Mirembe war Mutter von zwei Söhnen und vier Töchtern im Alter von 18, 15, 11, 9, 6 und 3 Jahren.

Der Angriff war der jüngste von [vielen](#) Fällen von Christenverfolgung in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, seinen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus, wobei sie in den östlichen Gebieten des Landes stark vertreten sind.

<https://morningstarnews.org/2025/04/muslim-stabs-wife-to-death-for-accepting-christ-during-ramadan/>

# Ukraine: Verhaftung, Druck und Misshandlung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen

AKREF-A/10.04.25 - Militärangestellte und Angestellte in Rekrutierungsbüros und Militäreinheiten üben Druck auf Männer, darunter Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, aus, um sie zum Wehrdienst zu zwingen. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen, wobei die Männer in manchen Fällen einige Monate festgehalten werden, Essensentzug und Schlägen. Den Männern werden Haftstrafen oder nicht näher genannte Konsequenzen angedroht.

Artikel 35 der Verfassung der Ukraine garantiert das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Dieses Recht ist jedoch in Friedenszeiten auf die Angehörigen von 10 namentlich genannten Religionsgemeinschaften beschränkt. In einer Zeit des Krieges wird es von den Offiziellen überhaupt nicht anerkannt.

Die vor die Rekrutierungsstellen geladenen Männer sind starkem Druck ausgesetzt, Militärdokumente zu unterschreiben, selbst wenn sie ersuchen, zivilen Wehrersatzdienst gemäß Artikel 35 der Verfassung leisten zu dürfen. „Man muss sehr stark sein, um diesem Druck standzuhalten“, erklärte ein protestantischer Leiter aus dem Westen des Landes gegenüber Forum 18. „Den Männern, die zivilen Wehrersatzdienst leisten wollen, wird das nicht gestattet“.

Der Angehörige einer Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden Matfei Sapozhnikov aus Kamenets-Podilsky wird seit 1. Mai gegen seinen Willen in einer Militäreinheit festgehalten und Kiril Berestovoi, aus Khmelnytsky, ebenfalls ein Baptist, seit dem 1. Juli.

Ein Angehöriger einer Pfingstgemeinde, der ebenfalls den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert und in einer Militäreinheit in der Region Rivne festgehalten wurde, beschreibt die Bedingungen in der Militäreinheit als „moderne Sklaverei“. „Sie haben versucht, mich zu brechen: sie haben psychischen Druck ausgeübt und tun dies noch immer, sie haben mich drei Tage lang in einer kalten Grube eingesperrt und auch in einer Einzelhaftzelle“, erklärte er und gab an, dass er am Anfang, als er einrücken musste, geschlagen wurde.

Artikel 29 der Verfassung sieht vor, dass niemand ohne Gerichtsbeschluss mehr als 72 Stunden festgehalten werden darf. Dieser Artikel bestimmt, dass eine verhaftete Person unverzüglich freigelassen werden muss, wenn nicht innerhalb von 72 Stunden ein gerichtlicher Haftbefehl mit Begründung ergeht.

Am 11. Juni wurde der Siebenten Tages Adventist Pavlo Halagan, der ebenfalls den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigerte, von Angestellten des Rekrutierungsbüros der Region Uzhhorod unter so starkem psychischen Druck gesetzt, dass er einen Nervenzusammenbruch erlitt. Danach wurde er an ein Bett gekettet und geschlagen. Schläge mit Händen und Fäusten und Fußtritte zielten auf Oberkörper und Kopf. Forum 18 setzte sich telefonisch mit dem Rekrutierungsbüro in Verbindung. Die Mitarbeiter hörten sich die Vorwürfe an und legten dann wortlos auf.

Kiril Berestovoi berichtete, dass ihn am 1. Juli um ca. 23 Uhr ein Kommandant in einem Militärlager in der Transkarpatenregion beim Hals gepackt und aus dem Zelt gezogen hätte. Daraufhin hätte ihn der Kommandant gegen Kopf und Herzgegend geschlagen und trotz seiner Bitten, er möge aufhören, weitergemacht. Diese Tortur hätte etwas eine halbe Stunde gedauert. Dennoch hätte er weiterhin an seiner Position festgehalten. In Beantwortung von Apellen von sechs Baptisten erklärte Oberst Serhy Kuzmenko, Chef der Militärpolizei in Kiew, dass man Untersuchungen im Fall Berestovoi durchgeführt hätte. Die Ermittler hätten mit Kommandanten und Soldaten der betreffenden Einheit gesprochen, die jede Ausübung von psychischem Druck oder tätliche Handlungen gegen den Rekruten in Abrede gestellt hätten.

Am 5. Juli prügeln zwei Mitarbeiter des Rekrutierungsbüros des Bezirks Kamianets-Podilsky mit Händen und Füßen auf den Adventisten Oleksy Kamienni ein und trafen ihn am Rücken, Oberkörper und Kopf. Als er kurz das Bewusstsein verlor – so in seiner Beschwerde – übergossen sie ihn mit kaltem Wasser und setzten danach die Prügelaktion fort.

Anfragen von Forum 18 beim zuständigen Rekrutierungsbüro, beim Staatlichen Ermittlungsamt in Kiew (zuständig für Ermittlungen gegen höhere Beamte) und beim Ombudsmann für Menschenrechte bezüglich verschiedener Fälle von Misshandlungen blieben unbeantwortet.

Allerdings ist festzuhalten, dass das Staatliche Ermittlungsamt bereits im Oktober 2023 auf seiner Website berichtete, dass 260 Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher Vergehen und Verbrechen in regionalen Rekrutierungsbüros und bei militärärztlichen Kommissionen anhängig wären. Die Vorwürfe betrafen sowohl Misshandlungen als auch Korruption, wie etwa Beihilfe zur Vermeidung des Militärdienstes für Privilegierte. Zu dem genannten Zeitpunkt waren bereits 35 Anklagen an die zuständigen Gerichte übermittelt worden. In der Veröffentlichung des Ermittlungsamts wurde auch betont, dass die überwiegende Mehrheit der Beamten und Militärangehörigen ihren Aufgaben ordnungsgemäß nachkommen.

Derzeit riskieren Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen Strafverfolgung gemäß Artikel 336 des Strafgesetzbuchs (Verweigerung der Einberufung zum Militärdienst bei Mobilmachung oder in einer speziellen Periode und zum Militärdienst anlässlich der Einberufung von Reservisten“). Dies ist mit einer Freiheitsstrafe von drei bis fünf Jahren bedroht.

Seit die Ukraine nach der russischen Invasion das Kriegsrecht in Kraft gesetzt hat, haben Staatsanwälte mehr als 50 Anklageschriften gegen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen an die Gerichte übermittelt. Mehr als 35 der Angeklagten sind Zeugen Jehovas. Fünf Verfahren endeten bisher mit Schuldsprüchen drei mit Freisprüchen (gegen die die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hat). Die Verfahren gegen 28 Zeugen Jehovas sind noch nicht abgeschlossen.

Seit dem Sommer 2024 hat die Zahl der Anklagen nach Artikel 336 des Strafgesetzbuchs stark zugenommen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 18. Oktober 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

## USA: Kansas - Pfarrer in Pfarrhaus erschossen

Seneca (Fides) – Der aus Indien stammende Pfarrer Arul Carasala, Pfarrer der Gemeinde der Heiligen Peter und Paul in Seneca, einer Stadt im Nordosten von Kansas, wurde am Donnerstag, 3. April, von einem Mann erschossen, während er sich in seinem Pfarrhaus aufhielt. Bei dem Schützen handelt es sich nach ersten Rekonstruktionen um einen älteren, den Gemeindemitgliedern unbekanntem Mann, der sich inzwischen in Untersuchungshaft befindet. Die Motive für die Tat, die von der Polizei untersucht werden, sind noch unbekannt. Insgesamt drei Schüsse wurden auf den Priester abgefeuert, der kurz nach seiner Ankunft im Krankenhaus starb.

Pfarrer Arlu Carasala war 1994 in seinem Heimatland Indien zum Priester geweiht worden und war seit 2004 in Kansas als Seelsorger tätig. Er hatte 2011 die US-Staatsbürgerschaft angenommen. Im selben Jahr trat er seine Stelle als Pfarrer der Gemeinde St. Peter und Paul in Seneca, einer kleinen Stadt mit einigen Tausend Einwohnern, an.

Der Erzbischof von Kansas City, Joseph Naumann, bezeichnete den Mord auf seinen Social-Media-Kanälen als „sinnlose Gewalttat“, die die Gemeinschaft „in Schmerz über den Verlust eines geliebten Priesters“, der auch „ein Freund“ war, versetzt habe. Dabei stellte der Erzbischof klar, dass es „keine Bedrohung für die Gemeinschaft“ der Gläubigen gebe, räumte aber gleichzeitig ein, dass der Tod des Priesters „Schmerz und Schock“ auslöse: „Pfarrer Carasala war ein engagierter und eifriger Seelsorger, der unserer Erzdiözese über 20 Jahre lang treu gedient hat, unter anderem als Dekan der Region Nemaha-Marshall“.

„Seine Liebe zu Christus und zur Kirche zeigte sich in der Art und Weise, wie er sich mit großer Großzügigkeit und Hingabe um die Menschen in seiner Gemeinde kümmerte. Seine Gemeindemitglieder, Freunde und Mitbrüder werden ihn zutiefst vermissen“.

(F.B.) (Fides 4/4/2025)

# USA: Rechtsstreit um Festnahmen in Kirchen

## Mehr als zwanzig Kirchen klagen in den USA gegen neue Vorschriften der Trump-Regierung

(Das christliche Medienmagazin vom 5. April 2025) **Die Trump-Regierung will Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus unter anderem auch in Kirchen festnehmen. Bisher war das nur in Ausnahmefälle möglich. Mehrere Kirchen und religiöse Organisationen sind nun vor Gericht gezogen.**

Ein Gericht in Washington hat sich am Freitag mit der Klage von mehr als zwanzig Kirchen und religiösen Organisationen gegen neue Vorschriften befasst, Festnahmen von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus in unter anderem Kirchen, Krankenhäusern oder Schulen zu erleichtern. Vor dieser Neuerung durch die Regierung von Donald Trump galt der Grundsatz, dass die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE nur in Ausnahmefällen in diese Orte eindringen darf. Mit einer Entscheidung des Gerichts ist in circa ein bis zwei Wochen zu rechnen.

Die Kläger machten ihre Religionsfreiheit geltend. Die drohenden Maßnahmen an „Orten des Gottesdienstes“ stellten eine schwere Beeinträchtigung der in der Verfassung garantierten Religionsausübung dar. Es gehe um „heilige Räume“, sagte die Anwältin der Kläger, Kelsi Corkran, laut Informationsdienst „Episcopal News Service“ vor Gericht.

Die Anwältin des Heimatschutzministeriums, Kristina Wolfe, betonte hingegen, die Regierung habe ein „zwingendes Interesse“, Einwanderungsgesetze durchzusetzen. Zu den klagenden Verbänden gehören die Mennonitenkirche USA, die Quäker, die anglikanische Episkopalkirche und der Verband des reformierten Judentums.

Eine von kirchlichen Verbänden durchgeführte Untersuchung Ende März kam zum Schluss, dass geschätzt einer von zwölf Christen in den USA von Abschiebung bedroht ist oder in einer Familie lebt, in der ein Mitglied abgeschoben werden könnte.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]